

Pilsudski in seinem Element.

Der alte Ton — auch vor dem Staatsgerichtshof!

Warschau, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Vor dem Staatsgerichtshof begann der Prozeß gegen den früheren Finanzminister Czeschowiez wegen Ueberschreitung des Budgets um eine halbe Millionen Zloty. Das Gerichtsgebäude war von einem starken Polizeiaufgebot bewacht.

Der Angeklagte Czeschowiez betonte, auch in Frankreich, England und Deutschland werde das Budget häufig überschritten, wobei jedoch niemand auf den Gedanken komme, den Finanzminister vor Gericht zu zitieren. Die Anklage stelle ein Unikum dar.

Die beiden ersten Zeugen, Innenminister General Skladkowski und Handelsminister Kwiatkowski, sagten aus: Pilsudski als Ministerpräsident habe die Beziehungen zum Sejm geregelt. Der Marschall habe geäußert, er übernehme bei der Budgetüberschreitung jede Verantwortung.

Nun folgte die Vernehmung von Marschall Pilsudski. Er erklärte, das Gesetz, auf Grund dessen der Minister zur Verantwortung gezogen werde, sei lächerlich und stelle einen Rekord von Dummheit dar. Ueberhaupt sei

die gesamte polnische Verfassung das Werk von Piskera, die Anklage gegen Czeschowiez sei mit einem Mordmord zu vergleichen.

Man habe dadurch nur ihn, Pilsudski, treffen und beleidigen wollen. Die acht Millionen des Dispositionsfonds des Ministerpräsidenten, dessen Ueberschreitung dem Finanzminister vor allem vorgeworfen werde, habe er auf seine eigene Verantwortung genommen. Dem Sejm-Leuten — so fuhr Pilsudski — fort, sei der Verstand verdunkelt. Sie ähnelten einer Spielsache, die er einmal gesehen habe; einem

Männchen mit zwei Oeffnungen, einer unter der Nase und einer auf der Hinterseite, aus beiden kommen Laute, doch das Männchen drehe sich so schnell, daß man nie sagen könne, von welcher Seite die Laute kämen.

Wenn ein solches Männchen zu sprechen anhebe, so könne man den Namen von Vater und Mutter vergessen. Den Abgeordneten-Anklägern erklärte Pilsudski mörlich: „Meine Herren, meine Hände sind rein und stinken nicht so wie die Ihrigen.“

Stahlhelm Adee!

Statt des Volksbegehrens eine Liste.

Die Erklärung des Herrn von Freilagh-Voringhoven, daß der Stahlhelm sein Volksbegehren zugunsten des Hugenberg-Volksbegehrens zurückstelle, wurde in ganz Deutschland mit Hohngelächter aufgenommen. Das Lachen — Befälligung der kompletten Stahlhelmspitze — ging den Herren auf die Nerven. Herr von Freilagh-Voringhoven wollte nichts gesagt haben, obwohl die Hugenberg-Presse die Authentizität seiner Worte bestätigte, die Stahlhelmspitze aber schweig.

Nach langem Kopfschütteln hat sie nun ein Mittel gefunden, um den Armen im Geiste glaubhaft zu machen, daß das Stahlhelm-Volksbegehren dennoch lebe. Sie veröffentlicht eine Liste des Ausschusses für die Durchführung des Stahlhelm-Volksbegehrens, dem sie den schönen Namen gibt: Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren. Wenn schon kein Volksbegehren, so doch wenigstens eine Liste! Aber die Liste ist schlecht. Die Liste beginnt:

Graf v. Alvensleben-Neugattersleben.
Appuhn, Major a. D., Darmstadt.
Graf Arnim-Bolkenburg.
v. Arnim, Landrat a. D., Ragom.

Und so geht es weiter, wobei neben den Grafen und Freiherrn die Generale, Obersten und Majore a. D. den Vogel abschließen. Volksbegehren der a. D.'! Volksbegehren abel!

Unter sich lassen!

Wie sie gegen die Kriegsschuldfrage kämpfen.

Die Rechtsverbände gedenken am 28. Juni einen regelrecht deutschnational-schwarzweißen Rummel zu veranstalten, um die Hugenberg-Aktion gegen die Kriegsschuldfrage zu beleben. Wie sie die Kundgebungen vom 28. Juni auffassen, dafür zwei Beispiele:

Herr Dr. jur. Dorotheus Krader von Schwarzenfeld, Kaiserlicher Gesandter a. D., Vorsitzender des Vereines „Kaiserdank“, veröffentlicht zum 28. Juni eine Erklärung für Wilhelm von Doorn.

Die „Hallische Universitätszeitung“ vom 1. Juni schreibt: „Wenn also das deutsche Volk in seiner Gesamtheit zu einem Reich vereinigt ist... wenn das geeinigte deutsche Volk dann gemeinsam eine große außenpolitische Tat vollbringt, wenn es sich in siegreichen Kriegen den nötigen Lebensraum erkämpft... dann wird sich auch bei ihm das Bewußtsein der Kraft und das selbe Herrenbewußtsein einstellen, das den Franzosen und Russen eignet, von den Engländern ganz zu schweigen.“

Diese Sorte von Kämpfern gegen die Kriegsschuldfrage läßt man am besten unter sich!

Hervorragende Sachkenntnis.

I.

In Kaiserslautern werden Reichsbannerleute von einem Trupp Nationalsozialisten überfallen und geschlagen. Die „Rote Fahne“ bemerkt hierzu: „Für die erlittenen Mißhandlungen können sich die Reichsbannerleute bei ihren sozialistischen Ministern bedanken.“

Kaiserslautern liegt in der bayerischen Pfalz...“

II.

Das Dortmunder Kommunistenblatt, der „Westfälische Kämpfer“, läßt sich aus Waddeburg berichten:

„Unser Bruderblatt, die kommunistische „Tribüne“, ist heute vom sozialdemokratischen Oberpräsidenten Hörning abermals verbotten worden... Die Artikel (folgt Aufzählung) haben Herrn Blut-Hörning den gewünschten Anlaß zum Verbot. Mit dem neuen, durch den Reichsbanner-General Hörning ausgesprochenen Verbot soll usw. usw.“

Genosse Hörning ist vor mehr als Jahresfrist von seinem Amt als Oberpräsident der Provinz Sachsen zurückgetreten. Der jetzige Oberpräsident von Sachsen ist Genosse Bänzig.

III.

Mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird, hat vor einigen Jahrhunderten der schwedische Kanzler Oxenstierna bestaunt. Lebte Oxenstierna heute, so würde er sich bei darüber wundern, mit wie wenig Verstand kommunistische Zeitungen redigiert werden.

Die Auflösung der Familiengüter.

Gesetzentwurf zur Aenderung der ergangenen Bestimmungen über die Auflösung der Fideikommiss bis 1. April 1935.

Das preussische Staatsministerium hat auf Grund eines Beschlusses des Landtags vom 12. April d. J. dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über Aenderungen der zur Auflösung der Familiengüter und der Hausvermögen ergangenen Gesetze und Verordnungen zugehen lassen.

Wie dem Amtliehen Preussischen Pressedienst von unterrichteter Seite geschrieben wird, sollen durch das in Aussicht genommene Gesetz die Mängel behoben werden, die bei der Durchführung der durch Artikel 155 der Reichsverfassung angeordneten Auflösung der

Fideikommiss hervorgerufen sind. Zur Befreiung des hauptsächlichsten Mangels, der darin besteht, daß sich die Auflösung nach dem geltenden Recht zulange hinzieht, schlägt der Entwurf vor, daß spätestens am 1. April 1935 sämtliche Fideikommissarischen oder sonstigen im Interesse einer Familie bestehenden Bindungen von Gütern erlöschen sollen. Nach dem Stichtag werden somit in Preußen keine Familienfideikommiss, Erbstatutgüter, Lehen und Hausvermögen (Hausgüter) mehr bestehen, während es bei der jetzigen Regelung zwei Menschenalter bis zur Befreiung sämtlicher gebundenen Vermögen dauern würde. Fideikommiss sollen bereits beim Inkrafttreten des neuen Gesetzes, das für den 1. Oktober 1930 vorgeesehen ist, erlöschen. Auch soll das Familienklühverfahren wesentlich vereinfacht werden, so daß zu erwarten ist, daß auch von den übrigen gebundenen Vermögen eine große Anzahl noch vor dem Stichtag freiwillig aufgelöst wird.

Zentrum gegen Verfassung.

Lehrreiche Abstimmung im württembergischen Landtag.

Stuttgart, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Anlaßlich der Beratung des Etats der Universitätsstelle die Sozialdemokratische Fraktion im Württembergischen Landtag dem Antrag, daß die Regierung „für eine Durchdringung des Unterrichts in allen Schulen und Hochschulen des Landes mit dem Geiste der in den Verfassungen des Reiches und der Länder niedergelegten staatsbürgerlichen Grundzüge“ Sorge tragen soll. Für den Antrag stimmten außer den Sozialdemokraten nur die Demokraten, der Christliche Volksdienst, die Volksrechtspartei und der Zentrumsabgeordnete Andre. Die Reichsparteien, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, der Nationalsozialist und die Kommunisten wirkten einträchtig zusammen, um den Antrag zu Fall zu bringen.

Treffender konnte insbesondere das württembergische Zentrum seine reaktionäre Einstellung gegenüber der Republik nicht zum Ausdruck bringen.

Beschönigung eines Mordversuches.

Durch das elsässische Flüchtlingsorgan.

In der Nr. 23 der „Elsäß-Lothringischen Mitteilungen“, dem Interessenorgan der ausgewiesenen Elsäß-Lothringer, finden wir folgende Meldung:

„Der Prozeß gegen den Bürgermeistersohn Benoit, der im Zusammenhang mit dem Colmarer Autonomienprozeß vor der Wohnung des Generalstaatsanwalts Fachtot blindlings einige Schüsse abgab, von denen einer die Bauchfellhülle des Herrn Fachtot leicht verletzte, findet am 4. Juli vor dem Schwurgericht in Paris statt.“

Der Bürgermeistersohn Benoit, der angeblich blindlings einige Schüsse abgab, ist ein Opfer der tierischen Hege. Um den Generalstaatsanwalt Fachtot zu treffen, reiste Benoit nach Paris und lauerte dort mehrere Stunden vor dem Wohnhause Fachtot auf. Als er endlich Einlaß fand, gab er mehrere Schüsse auf Fachtot ab. Sie trafen nicht die Bauchfellhülle, sondern verwundeten den Staatsanwalt so, daß er wochenlang zwischen Leben und Tod schwebte. Ob das Organ der ausgewiesenen Elsäß-Lothringer gut beraten war, die Tat eines Verheißten so quasi als ein elsässisches Kirmesergebnis hinzustellen und das Opfer zu bespötteln, ist allerdings Geschmackssache; ganz bestimmt aber ist es eine politische Taktlosigkeit, die sich ein politisch neutral sein wollen des Blatt im Interesse der Ausgewiesenen hätte schenken können.

Nichts hat im übrigen der autonomistischen Bewegung so sehr geschadet wie dieser sinnlose Anschlag. Alle Autonomistenführer und -blätter sind von dieser Tat enttäuscht abgerückt. Es blieb dem in Deutschland erscheinenden Organ der Amiesse vorbehalten, diese Mordtat zu beschönigen und als etwas Komisches hinzustellen. Diese Mißheilen erinnern stark an die Kommentare rechtsstehender Blätter zu dem Revolveranschlag auf Erzberger in Raabitz im Winter 1921 sowie an die berühmte Kennzeichnung des Mordanschlages auf Scheide mann durch die „Deutsche Tageszeitung“ als ein „Attentat mit der Kugelsprige“.

Deutsch-österreichisches Strafrecht.

Die deutsch-österreichische Konferenz zur Angleichung des Strafrechts findet vom Sonnabend, dem 20. Juni bis Montag, dem 1. Juli, in München statt. An der Konferenz werden, wie üblich, Vertreter des Deutschen Reichstags und des österreichischen Parlaments sowie deutsche und österreichische Regierungsvertreter teilnehmen.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages hat sich nach Abschluß der Beratung des Abschnitts „Körperverletzung“ des Allgemeinen Strafgesetzbuches verabschiedet. Der Ausschuß wird voraussichtlich vier Wochen vor dem Beginn der Herbsttagung, also etwa Anfang Oktober, wieder zusammentreten.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschloß, die Wahl des Fraktionsvorstandes bis zum Herbst zu vertagen. Sollten während der Sommerpause irgendwelche Verhandlungen notwendig sein, ist mit deren Wahrnehmung der Abg. Dr. Brüning von der Fraktion betraut.

das deutsche Volk vor das schwierige innenpolitische Problem der Verwendung der freierwerbenden Beträge und der Lastenverteilung von bisher international gebundenen Aufgaben stellen, bei denen Deutsche Volkspartei und Demokraten nach ihrer bisherigen Haltung wahrscheinlich Ziele verfolgen werden, die diametral denen entgegengekehrt sind, die die Sozialdemokratie verfolgen muß. Werden diese Probleme nicht vor der nächstjährigen Etatsberatung gesetzgeberisch gelöst, was immerhin zweifelhaft erscheint, so wird diese aller Voraussicht nach sich noch schwieriger gestalten als die diesmalige. Unabhängig vom Young-Plan liegen weitere große Finanz- und sonstige Probleme vor, die Reich, Länder und Gemeinden betreffen und einer Lösung entgegengeführt werden müssen. Eine gründlichere und glattere Etatsberatung als in 1929 ist daher für die kommenden Jahre kaum zu erhoffen.

Liegen die Dinge so, wie hier angenommen, so entsteht für alle, die eine sorgfältige, nicht überstürzte Etatsberatung auch im heutigen Staatswesen für eine der vornehmsten Pflichten des Reichstags halten, die Frage, was zur Sicherung einer solchen geschehen kann.

Eine Vorlegung des Termins für die Einreichung des Etatsentwurfs beim Reichsrat und Reichstag wird kaum durchzuführen sein. Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den einzelnen Reichsressorts, die jeder Etatsaufstellung vorausgehen, sind schwierig und zeitraubend, und schon heute beginnen diese Arbeiten bald nach der Verabschiedung des laufenden Etats. Es bleibt also nur eine weitere Kürzung der Beratung im Ausschuß oder im Plenum. Daß das Schwergewicht jeder Etatsberatung und jeder Etatskritik in der allgemeinen Aussprache und Einzelberatung des Ausschusses liegt, wird nicht zu bestreiten sein. Hier also kann nicht abgesehen werden, sondern es müßte im Gegenteil größerer Spielraum gewährt werden. Geschieht das, so könnte eine Aenderung der Plenarberatungen wohl erwogen werden.

Heute ist die zweite Plenarberatung eines Einzelhaushalts, die fast stets im unmittelbaren Anschluß an die betreffende Beratung im Ausschuß erfolgt, nichts anderes als die genaue, etwas unsachlichere Wiederholung der letzteren. Wer die Ausschuhberatung verfolgt hat, weiß bis zum Tipfelchen auf dem i, wie die entsprechende zweite Plenarberatung vor sich gehen wird. Die Frage ist: Steht die Zeitpanne, die die zweite Plenarberatung erfordert, in einem richtigen Verhältnis zu dem erzielten Nutzen oder kann die durch den eventuellen Fortfall der zweiten Sitzung im Plenum ersparte Zeit zweckentsprechender für die Ausschuhberatung verwendet werden. Es wird auf solche Frage, die an einem alten guten Brauch rüttelt, viel dafür, viel dawider zu sagen sein. Ihr Zweck wäre erfüllt, wenn sie irgendeine Lösung, gleichviel welche, der ausgezeichneten Schwierigkeiten zeitigte. Von der Notwendigkeit einer Parlamentsreform ist schon oft gesprochen worden. Geschehen ist bisher nichts. Aber die Sicherung rechtzeitiger Beratung und gründlicher Beratung des Haushalts ist eine Aufgabe, die der Reichstag im Interesse seines Ansehens und seiner Stellung nicht auf die lange Bank schieben dürfte, sondern sobald als möglich durchzuführen hätte.

Kinderspeisungen.

Ein sozialdemokratischer Erfolg. — Kommunisten schimpfen, aber stimmen zu.

Bei der Beratung des Etats des Reichs Ernährungsministeriums hatten die Kommunisten den Antrag gestellt, für die Kinderspeisung fünf Millionen Mark einzusetzen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Entsprechend ihrer früheren Haltung hatten alle bürgerlichen Parteien erklärt, daß Kinderspeisungen keine Angelegenheit des Reiches seien, mit dem Etat des Reichs Ernährungsministeriums nichts zu tun haben, und daß im Jahre 1927 den Ländern durch den Finanzausgleich die Mittel zur Durchführung der Kinderspeisungen bewilligt worden seien. Tatsächlich weisen deshalb auch in den letzten Jahren die Etats der Länder und dieser Gemeinden die Beiträge für Kinderspeisungen auf, die früher im Reichsetat enthalten waren.

Somit gibt es auch heute noch eine ganze Reihe von leistungsschwachen Bezirken, in denen Kinderspeisungen besonders notwendig sind, aber wegen Mangels an Mitteln nicht durchgeführt werden können. Um auch in diesen Bezirken die Kinderspeisung zu einer dauernden Einrichtung zu machen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur dritten Lesung des Etats des Reichsarbeitsministeriums folgenden Antrag eingebracht, „den Herrn Reichsarbeitsminister zu eruchen, bei der Verwendung der 40 Millionen Reichsmark, die auf Grund des § 7 des Gesetzes über Zolländerungen vom 17. August 1925 der Invalidenversicherung überwiesen werden, die Landesversicherungsanstalten anzuweisen, im Rahmen der Maßnahmen zur Förderung der Gesundheitsfürsorge besonders zur Bekämpfung der Tuberkulose einen angemessenen Betrag für Zwecke der Kinderspeisung zur Verfügung zu stellen. Die Mittel sollen den Landes- und Provinzialstellen überwiesen werden, die bisher die Kinderspeisung durchgeführt haben und dazu dienen, in leistungsschwachen Bezirken die Durchführung der Kinderspeisung zu erleichtern. Ueber die Verwendung der Mittel und über die Richtlinien zur Durchführung der Kinderspeisung ist ein Einvernehmen zwischen den genannten Stellen und den Landesversicherungsanstalten herzustellen.“

Der Reichstag hat gestern diesen Antrag angenommen. Vor der Annahme verlas die kommunistische Abgeordnete Frau Krenschke eine lange Erklärung gegen den sozialdemokratischen Antrag, den sie ein „sozialreaktionäres Manöver“ nannte. Die Erklärung schloß mit der Ankündigung, daß die Kommunisten für den sozialdemokratischen Antrag stimmen würden.

Was geschieht nun mit der kommunistischen Reichstagsfraktion, die sozialreaktionäre Manöver unterstüht?

Das „sozialreaktionäre Manöver“ wird bewirken, daß künftig die Kinderspeisungen hinreichend durchgeführt werden können.

Der neue Polizeipräsident von Oppeln.

Personalveränderungen in der preussischen Verwaltung.

Wie der Amtliehen Preussische Pressedienst mitteilt, ist das Amt des Preussischen Staatsrats, Waldemar Ossowski, zum kommissarischen Polizeipräsidenten in Oppeln ernannt worden.

Der bisher kommissarisch tätige Polizeipräsident von Magdeburg, Landrat Dr. Bärensprung, wurde endgültig in der Stelle des Polizeipräsidenten bestätigt.

Der bisherige Regierungspräsident von Merseburg, Grünher, ist zum Senatspräsidenten beim preussischen Oberverwaltungsgericht ernannt worden.

Die Rotverordnungen im Landtag.

Blickschlag während der Sitzung.

Auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung des Preussischen Landtags standen die drei Rotverordnungen der Staatsregierung über die Verlängerung der Grundvermögenssteuer, der Hauszinssteuer und der Gewerbesteuer um je ein Jahr. Bekanntlich war die Verabschiedung der Rotverordnungen durch den Ständigen Ausschuss notwendig geworden, weil die vereinigte Opposition der Oppositionsparteien von rechts und links die Verabschiedung der Steuergesetze im Landtag unmöglich machte. Für die Obstruktion der Opposition waren weniger sachliche Gründe maßgebend, als vielmehr das Bestreben, der Regierung nur jede erdenkliche Schwierigkeit zu bereiten. Dabei kam es den Rechtsparteien nicht darauf an, die Etats der Kommunen, die bereits aufgestellt waren, in Unordnung zu bringen. Gegenüber diesem durch die Verantwortungslosigkeit der Opposition geschaffenen Hindernis blieb der Regierung kein anderer Weg, als die Steuergesetze durch Rotverordnungen und Ständigen Ausschuss zu verlängern. Die Ausführungen der Redner der Rechtsparteien kritisierten denn auch weniger den materiellen Inhalt der Gesetze als die nach ihrer Ansicht unzulässige und verfassungswidrige Verabschiedung durch den Ständigen Ausschuss. Die Deutschnationalen hoben inzwischen Klage beim Staatsgerichtshof erhoben und hoffen auf Ungültigkeitserklärung der Verordnungen.

Eine größere Debatte entwickelte sich lediglich bei der Beratung der Verordnung über die Verlängerung der Hauszinssteuer, in der der sozialdemokratische Abgeordnete Meyer-Solingen den Vorwürfen der Rechtsparteien entgegnet, die gerade diese Steuer als unbillig bezeichneten, da sie auf Inflationsgewinnen beruhe. Er wünschte noch mehr solcher Steuern, die die Inflationsgewinne erfassen und damit zweifellos viel mehr für die durch die Inflation verarmten Bevölkerungsschichten tun können. Würden nach den Gegebenheiten der freien Wirtschaft Wohnungen gebaut, so wären viele Bevölkerungsschichten nicht mehr in der Lage, die hohen Mieten zu zahlen. Es war sicher ein Verdienst, hervorzuheben, daß es ohne diese angebliche Finanzbilanz der Regierungskoalition in Preußen nicht möglich gewesen wäre, ohne die Hauszinssteuer die Bautätigkeit in diesem Jahre fortzusetzen. Dabei zog er einen scharfen Trennungstrieb zwischen der wirklich gemeinnützigen Bautätigkeit und einer solchen, die sich nur so nennt, um ihre dunklen Profitabsichten zu verschleiern.

Die drei Verordnungen wurden schließlich dem Hauptausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Das Haus beschäftigte sich außerdem noch mit einem deutschnationalen Antrag auf Aufhebung des Disziplinargesetzes für richterliche Beamte. Dabei handelt es sich um die Bestimmung des Gesetzes vom 31. Juli 1922, wonach Richter diszipliniert werden können, die infolge ihrer Pflichten verfahren, als sie Bestrebungen auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik durch Mißbrauch ihrer amtlichen Stellung fördern. Der deutschnationale Redner Dr. Kaufmann, der den Antrag begründete, stellte sich auf den Standpunkt, daß die Bestimmungen des Disziplinargesetzes für richterliche Beamte von 1851 völlig genügen.

Abg. Rutner (Soz.) trat ihm mit dem Hinweis entgegen, daß dieses Gesetz von 1922 kein Ausnahmengesetz, sondern ein Auslegungsgesetz sei. Vorkommnisse der allerletzten Zeit, wie das berühmte „Kuhladen-Urteil“, hätten zur Genüge bewiesen, daß der Staat ein Interesse daran haben müsse, seine Existenz durch eine solche Art von Rechtsprechung nicht untergraben zu lassen. Die Toleranz des Staates müsse ihre Grenze haben gegenüber der Intoleranz seiner Gegner. Der Antrag der Deutschnationalen wurde denn auch abgelehnt.

Eine ausgedehnte Debatte entspann sich bei der Beratung der Ausschussanträge über die Rottage der Ostprovinzen über die Küstenterritorien eines Grenzlandprogramms. Das Staatsministerium soll ersucht werden, bis zu 10 Millionen für Schlesien, für die Regierungsbezirke Frankfurt an der Oder und Küstlin bis zum Herbst 1930 zu machen und auch an die Reichsregierung zur Bereitstellung weiterer Mittel heranzutreten. Die Ausschussanträge wurden angenommen.

Zum Schluß forderte noch der Nationalsozialist Kube zur Geschäftsordnung, daß am Donnerstag ein Antrag seiner Freunde auf die Tagesordnung gesetzt wird, der die Regierung ersucht, vor der Verabschiedung des Konkordats Stellung zu dem Urteil des Staatsgerichtshofs wegen der Mandatsverteilung bei den preussischen Landtagswahlen zu nehmen. Nach seiner Meinung stände zwar hinter der Regierung eine Mehrheit der Mandate, aber nicht eine der Wähler. Wichtige Gelegenheiten könnten vor einer Revision der Mandatsverteilung nicht verabschiedet werden.

Ihm trat der Abg. Heilmann (Soz.) entgegen, der ganz entschieden bestritt, daß ein Urteil des Staatsgerichtshofs wegen der preussischen Mandatsverteilung ergangen sei. Die preussische Regierung solle sich lediglich bis zum 30. September darüber erklären. Es sei nicht Sache des Landtags, darüber zu befinden, sondern dieses Recht liege nach der Verfassung dem Landeswahlleiter und dem Wahlprüfungsgericht zu. Der Antrag verfiel der Ablehnung.

Während Heilmanns Rede ging der Blickschlag eines vorübergehenden Gemitters in den Neben des Landtagsgebäudes nieder und durchschlag mit bläulicher Flamme auch die Sicherungen der Vortragsanlagen des Sitzungssaales. Das gab dem Nationalsozialisten Kube Veranlassung, den Sozialdemokraten zuzurufen: Auch bei euch wird's bald einschlagen! Dieser Geistesblitz des Herrn Kube schlug jedoch nicht ein!

Trotzhas Angst vor der Wahrheit.

Wilsfähige Kemter.

Das Gutachten, das der frühere Deskoffizier, spätere Marine-Sekretär Alboldt vor dem Untersuchungsausschuss des Reichstags über den Zusammenbruch der kaiserlichen Marine erstattet hat, ist bekanntlich als Sonderdruck unter dem Titel „Die Tragödie der alten deutschen Marine“ erschienen. Jetzt soll dies Buch ins Spanische und ins Englische übersetzt werden, um in Nord- und Südamerika verbreitet zu werden. Aus Angst vor der Wahrheit hat sich der frühere Vizeadmiral v. Trotha nun hinter das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium gestellt, um die Herausgabe des Buches in spanischer und englischer Sprache zu hinterzählen. Der Verfasser des Buches, der Verlag für Politik und Geschichte, der in seinem Vertrage mit dem Reichstags das Uebersetzungsrecht hat, wendet sich an den Untersuchungsausschuss des Reichstags, um eine Art politisch-moralischer Rückenstärkung zu erlangen gegenüber dem vom Auswärtigen Amt und dem Reichswehrministerium ausgeübten Druck, die Veröffentlichung zu unterlassen. Am Dienstag wußte weder der Vertreter des Auswärtigen Amtes noch der Vertreter des Reichswehrministeriums, weshalb sich die beiden Kemter gegen die Veröffentlichung gemeldet haben. Deshalb wurde die Sitzung auf Mittwoch verlegt, um den Herren Gelegenheit zu geben, sich zu erkundigen.

Der Büngebloß

in Sachsen.



Wie weit wird er auf dieser Basis kommen.

Die feindlichen Ministerpräsidenten

Heldt gegen Bünge. — Staatsgerichtshof hilf!

Dresden, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische „Dresdener Volkszeitung“ schreibt zu der Wahl Bünge zum Ministerpräsidenten:

„Durch die „Wahl“ des Herrn Bünge ist die Unsicherheit in Sachsen eher größer als geringer geworden. Der Rechtsboden des neuen Ministerpräsidenten ist sehr zweifelhaft. Die sächsische Verfassung bestimmt, daß ein Ministerpräsident die Mehrheit aller bei der Wahl abgegebenen Stimmen haben muß. Nun steht zwar in der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages, daß bei Wahlen weiße Stimmzettel nur zur Feststellung der Beschlußfähigkeit mitzuzählen sind,

aber es spricht viel für die Anschauung, daß diese Geschäftsordnungsbestimmung für die Ministerpräsidentenwahl keine Gültigkeit hat, weil sie dem Wortlaut der in Frage kommenden Verfassungsbestimmung entgegensteht.

Es sollen auch Gutachten von Regierungsjuristen vorgelegt haben, von denen der Standpunkt vertreten wird, daß die zwölf weißen Zettel der Kommunisten bei der Feststellung des Abstimmungsresultats mitgezählt werden müßten. Der bisherige Ministerpräsident Heldt ist auch der Meinung, daß die Wahl Bünge trotz des Beschlusses des Landtages ungültig ist. Er hat ebenso wie der der Aufwertungspartei angehörende bisherige Justizminister von Fumetti mit der Linken gegen die Gültigkeit der Wahl Bünge gestimmt. Der Landtagsbeschluss, der die Wahl Bünge für gültig erklärte, konnte nur zustande kommen, weil Heldts Parteigenosse, der frühere sächsische Ministerpräsident und sozialdemokratische Reichstagsabge-

ordnete B. u. d. mit der Rechten stimmte, sonst wäre die Gültigkeitserklärung mit 48 gegen 48 Stimmen abgelehnt worden. Ueber das Verhalten Bünge soll in der A.S.P. große Unzufriedenheit herrschen.

Obgleich Heldt glaubt, daß er eigentlich noch Ministerpräsident ist und nicht Bünge, wird er doch das Feld räumen. Es ist aber keineswegs ausgeschlossen, daß die Wahl Bünge durch eine Klage vor dem Staatsgerichtshof angefochten wird.

Auch politisch fehlt Bünge noch die notwendige Grundlage. Zu einer Mehrheitsbildung braucht er sowohl die Demokraten wie die Nationalsozialisten, und es ist vorläufig nicht abzusehen, wie diese beiden Gruppen unter einen Hut gebracht werden sollen. Die Nationalsozialisten wollen weder einen demokratischen Innen- noch einen demokratischen Außenminister dulden und stellen noch andere Bedingungen, die aber nicht nur für die Demokraten, sondern auch für die Deutsche Volkspartei unannehmbar sein dürften, wie z. B. die, daß die sächsische Regierung im Reichstag gegen den Young-Plan stimme. Außerdem dürften sich noch andere Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung ergeben. So verlangt das sächsische Landvolk für sich das Wirtschaftsministerium und außerdem fordern die Deutschnationalen noch das Justizministerium. Sollte Bünge versuchen, mit einer Minderheitsregierung vor den Landtag zu treten, so würde ihn möglicherweise recht bald ein Mißtrauensvotum ereilen. Mühen doch die Nationalsozialisten einem von der Linken kommenden Mißtrauensvotum zustimmen, wenn ihre Bedingungen nicht erfüllt werden. Es sei denn, daß sie, die den Mund so voll genommen haben, einen recht jämmerlichen politischen Rückzug antreten wollen.“

Schon jetzt muß man fragen: Wie kommen das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium dazu, sich für die alte kaiserliche Marine einzusetzen, für die der Reichswehrminister Dr. Gehler seinerzeit mit vollem Recht jede Verantwortung abgelehnt hat? Im übrigen wird sich dieser Versuch, die Verbreitung des Alboldtschen Buches im Auslande zu hintertreiben, als die beste Klage dafür auswirken.

Der Vermahlungszwang.

Vom handelspolitischen Ausschuss beschlossen.

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages beriet gestern Anträge über Getreide- und Futtermittelzölle, Verpflichtung der Mühlen zur Vermahlung inländischen Getreides und ein Antrag betr. das Getreidemonopol. Ein Antrag der Abg. Dr. Japs (D. Sp.), Dessauer (Z.) und Langen (Dem.) will jede im deutschen Zollgebiet liegende Mühle, die ausländischen Weizen vermahlt, verpflichten, vom 1. August 1929 bis 31. Juli 1930 eine bestimmte Menge Inlandsweizen zu vermahlen, die mindestens 30 Proz. der gesamten von ihr vermahlten Weizenmenge beträgt. Vom 1. August bis 30. November 1929 sollen mindestens 40 Proz. Inlandsweizen vermahlen werden. Für Mühlen, welche eine Leistungsfähigkeit von mehr als 20 000 Kilogramm Weizen innerhalb 24 Stunden aufweisen, kann der Reichsernährungsminister den Prozentsatz erhöhen. Der Reichsernährungsminister soll ferner die Ermächtigung erhalten, an Stelle dieser Bestimmungen anzuordnen, daß die Mühlen nur Weizen herstellen dürfen, das zu mindestens 30 Proz. aus Inlandsweizen besteht. Ferner soll er ermächtigt sein, diese Bestimmungen abzuändern, wenn die Höhe des Getreide- oder Brotpreises es erfordert. Für Zuwiderhandlungen ist Geldstrafe vorgesehen.

Abg. Dr. Schiele (Dnal.) hielt diesen Antrag für unzulässig. In Anbetracht der bestehenden Bindungen unserer Handelspolitik für das laufende Jahr biete nur eine monopolistische Regelung allein die Gewähr für eine auskömmliche Preisgestaltung. Der Redner kündigte einen Antrag an, der die Dinge nicht überspanne und auch den Konjunktur gerecht werde. Danach soll die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses diejenigen Maßnahmen treffen können, die erforderlich sind, damit im Wirtschaftsjahr 1929/1930 die Weizenpreise nicht um mehr als je 6 Proz. nach oben oder unten von einem Durchschnittspreis von 260 M. je Tonne, die Roggenpreise nicht um mehr als je 6 Proz. nach oben oder unten von einem Durchschnittspreis von 230 M. je Tonne abweichen, und damit ferner die Brotpreise nicht über den Durchschnitt der zwölf Monate Juli 1928 bis Juni 1929 steigen.

Nach längerer Debatte erfolgten die Abstimmungen. Angenommen wurde mit 15 gegen 11 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ein Antrag, der die Aufhebung der Zwischenzölle für Getreide mit Ausnahme von Gerste bringt.

Angenommen wurde ferner ein Gelegenheitsurteil, der der Reichsregierung eine Ermächtigung gibt, eine Zusatzvereinbarung zu dem deutsch-französischen Handelsabkommen vom 17. August 1927 für die Dauer von 6 Monaten vorläufig in Kraft zu setzen. Dieses Gesetz soll mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten und bis zum 31. August 1929 in Geltung bleiben.

Mit 17 Stimmen wurde dann der eingangs mitgeteilte Antrag der Abg. Dr. Japs, Dessauer und Langen angenommen.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung, der das Getreidemonopol behandelt, wurde auf Wunsch der Antragsteller zurückgestellt.

Am Donnerstag wird der deutsch-estnische Handelsvertrag behandelt.

3.75 Millionen zur Bewegung der Ernte.

Die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei haben zur Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums einen Antrag eingebracht, wonach zur Förderung der Bewegung der Getreidernte für die erste Hälfte des Jahres 1929/1930 3 750 000 Mark in den Etat eingelöst werden sollen. Im Haushalt 1930 soll für den gleichen Zweck ein Betrag von 7,5 Millionen zur Verfügung gestellt werden.

Der deutsch-estnische Handelsvertrag.

Vom Auswärtigen Ausschuss genehmigt.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags setzte unter dem Vorsitz des Abgeordneten Scheidemann (Soz.) die Beratung über den deutsch-estnischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag fort.

Nach längerer Aussprache wurde der deutsch-estnische Vertrag vom Auswärtigen Ausschuss genehmigt. Hierbei wurde folgende Entschliessung einstimmig gefaßt:

Der Reichstag erwartet von der Reichsregierung, daß sie in Fortführung der bisherigen Verhandlungen mit allem Nachdruck die Interessen der geschädigten Reichsdeutschen in Estland vertritt.

Der Deutsche Lehrerverein teilt mit, daß die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Lehrervereins eine Entschliessung gegen das Konkordat gefaßt haben.

Gewitter über Berlin.

Uberschwemmungen in allen Stadtteilen.

Gestern nachmittag kam über Berlin ein starkes Gewitter zur Entladung, das von einem wolkenbruchartigen und mehrere Stunden andauernden Regen begleitet war. An einigen Stellen, u. a. auch im Preussischen Landtag, schlug der Blitz an der Westseite des Gebäudes ein. Eine der schweren Sandsteinnasen, mit denen der Dachstuhl des Hauses geschmückt ist, sauste tragend in die Tiefe. Der Blitz, der einem riesigen Feuerstrahl gleich, fuhr an den Fenstern des Gebäudes vorbei in einen Baum, der schwer beschädigt wurde. Zuerst befürchtete man, daß der Blitz auch im Innern des Landtags Schäden angerichtet habe. Diese Annahme stellte sich jedoch schnell als irrig heraus.

Bei der Berliner Feuerwehr herrschte von 18 Uhr ab Hochbetrieb. Aus allen Stadtteilen, vornehmlich aus dem Westen, Spandau und den westlichen Vororten, wo das Unwetter besonders heftig tobte, liefen unaufhörlich Hilferufe wegen Überschwemmungen ein. In knapp einer Stunde mußten die Züge der verschiedenen Wachen 40 bis 50mal ausrücken. Noch um 21 Uhr war die Feuerwehr an 20 Stellen mit der Beseitigung der Wassermengen, die Straßen und zahlreiche Keller überflutet hatten, beschäftigt.

Der niedergegangene Regen war stellenweise so erheblich, daß die Gullys die Wassermengen nicht mehr aufnehmen vermochten. Außerdem sind durch den plötzlichen Wasserdruck mehrfach die Abflusshohre gebarsten, so daß die Regenmassen keinen Abfluß mehr fanden, sich auf den Fahrdämmen zu Seen stauten, die Bürgersteige überfluteten und in die Keller eindrongen. Am Scholchplatz in Wilmersden, in nächster Nähe der Ausstellungshallen, wurde das Holzpflaster des Fahrdammes durch einen Sturzbach auf viele Meter aufgerissen. Der Verkehr mußte umgeleitet werden. Ein ähnlicher Vorgang spielte sich am Spandauer Berg ab. Das Straßenpflaster wurde unterpflügt und einzelne Steine wurden von dem Wasserstrom meterweit mitgeführt. Besonders gefährlich

war die Situation in der Neuen Königstraße Ecke Alexanderstraße. Ein Abflusshohr, das durch den U-Bahn-Schacht führt, riß auseinander und die ausströmenden Wassermassen überfluteten die Grube in weitem Umfange. Der mit Bohlen belegte Fahrdamm und der Bürgersteig senkten sich, so daß die Polizei vorsichtshalber Absperrrungen vornehmen mußte. Die Keller der Häuser Alexanderstraße 46, 47 und 48 drohten zu erlaufen, das Wasser hatte fast eine Höhe von etwa 75 Zentimetern erreicht. Das gebarstene Rohr konnte einige Zeit später abgestellt und so ein weiteres Ausdringen des Wassers verhindert werden. Die Feuerwehr war an dieser Stelle mit den Absaugarbeiten mehrere Stunden lang tätig. Auch an der Ecke Dirksen- und Grunerstraße senkte sich der Fahrdamm infolge Unterpflügung in so bedrohlicher Weise, daß die Polizei den Verkehr umleiten mußte.

Ein eigenartiger Unfall trug sich auch in der Frankfurter Allee Ecke Thäerstraße zu, wo ein Pferdebesitzer in den Schacht der U-Bahn gestürzt war. Anscheinend hatte sich hier infolge des Regens das Erdreich und die Abflusshohre gelockert, so daß der Wagen in die Tiefe stürzte. Es dauerte geraume Zeit, bis Pferde und Wagen wieder gehoben werden konnten.

Großer Wasserrohrbruch in Lichtenberg.

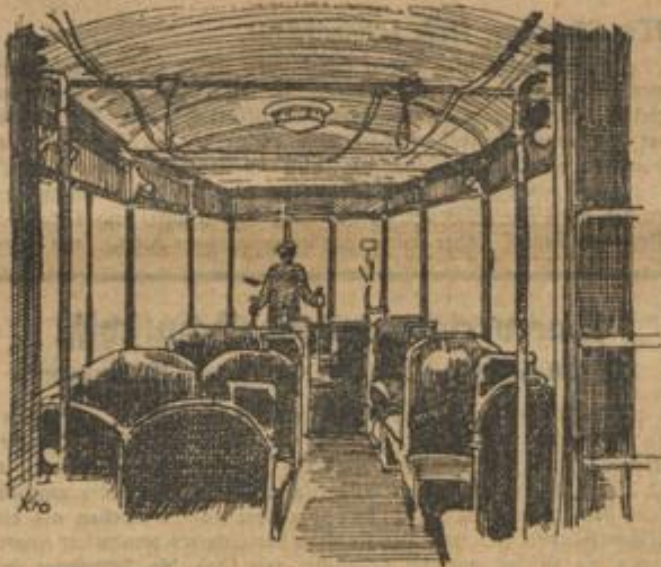
Durch herabstürzende Wassermassen wurde in der Baugrube der im Bau befindlichen U-Bahn an der Kreuzung Müllendammstraße und Frankfurter Allee ein Hauptwasserrohr freigelegt. Das Rohr barst plötzlich auseinander und ein starker Wasserstrahl sprudelte an die Oberfläche. In kurzer Zeit war ein Teil der Baugrube überschwemmt. Die Straßenbahnseile wurden unterpflügt, so daß der gesamte Verkehr in Richtung Berlin umgeleitet werden mußte. Das schadhafte Rohr wurde abgestellt und eine Arbeiterkolonne der Städtischen Wasserwerke nahm die Auswechslung des gebrochenen Rohres vor.

Der neue Straßenbahnwagen.

Zur Befestigung der neuen Straßenbahnwagen mit Schienensteuerung, die in einer Zahl von 300 noch in diesem Sommer in Verkehr gestellt werden, hatte die Berliner Verkehrs-A.-G. geladen. Auf einer Probefahrt nach Tegel konnte man sich von den Vorzügen des neuen Wagentyps überzeugen, über den Genosse Dr.-Ing. Rajewicz schließlich noch interessante Einzelheiten mitteilte. Durch Einbau der Schienensteuerung, auch Fernsteuerung genannt, ist es möglich, daß mehrere der zu einem Zuge zusammengestellten Triebwagen von einem Führerstand aus gefahren werden können. Bisher bestand ein Dreiwagenzug der Straßenbahn aus einem Motortriebwagen und zwei nicht motorisierten Beiwagen. Künftig wird man einen Dreiwagenzug aus drei Motortriebwagen mit Fernsteuerung zusammenstellen. Das Ergebnis ist: bedeutende Steigerung der motorischen Leistung (von 70 Kilowatt auf 240) und infolgedessen Erhöhung der Reisegeschwindigkeit (von 15 Kilometer pro Stunde auf 19 Kilometer).

Befamlich entfällt die Hälfte der von den öffentlichen Verkehrsmitteln Berlins beförderten Personen (1928: 1800 Millionen) auf die Straßenbahn. Jeder Fahrgast verbrachte im Jahre 1928 14 Minuten durchschnittlicher Reisezeit auf der Straßenbahn. Wird diese Reisezeit auch nur um eine Minute verkürzt, so bedeutet das für die Berliner Bevölkerung eine Ersparnis von 15 Millionen Stunden jährlich. Im Vergleich mit Omnibus und U-Bahn weist die Straßenbahn die größte Rentabilität auf. Schon aus diesem Grunde ist die Berliner Verkehrs-A.-G. auf Verbesserungen der Straßenbahn bedacht, um die ständig wachsenden Verkehrsleistungen bewältigen zu können, denen gegenüber die Einnahmen sowohl für den einzelnen Fahrgast wie für den Wagentkilometer eine sinkende

Tendenz zeigen. Und zwar erstens durch die dauernde Zunahme der Monatskarten, die für die einzelne Fahrt eine sehr geringe Einnahme ergeben; zweitens durch die Tatsache, daß der immer größer werdende Umsteige- und Uebersteigerverkehr die Reisefänge des einzelnen Fahrgastes erhöht.



Der Führer hat keinen abgeteilten Stand.

Die Schüsse im französischen Konsulat.

Keine politischen Motive.

Die Untersuchung gegen das russische Ehepaar Marakoff wegen des Revolerausschlages, den die Frau gestern im französischen Konsulat in der Matthäikirchstraße 3, verübte, wurde zunächst von der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums geführt, da die Möglichkeit bestand, daß es sich um ein politisches Attentat handelte.

Es stellte sich dann aber heraus, daß hierfür keine Anhaltspunkte vorliegen, daß vielmehr lediglich die Verzweiflungstat einer in Not befindlichen Frau vorlag, die an den französischen Staat Schadenersatzforderungen zu haben glaubte. Infolgedessen wurde die Angelegenheit von der Politischen Polizei an die Kriminalpolizei zur weiteren Bearbeitung abgegeben. Bis jetzt ist man sich noch nicht ganz darüber im Klaren, wie die Marakoffs ihre vorgeblichen Ansprüche gegen den französischen Staat begründen wollen. Die Frau behauptet, daß die an ihr nach dem schweren in Paris erlittenen Unfall in einem französischen Krankenhaus vorgenommene Operation erst zum völligen Verlust des Beines geführt habe, zumal man sie als eine Art „Berufskrankenschwester“ für eine neuartige Behandlung benutzt habe. Auch die Prothese, die sie in Frankreich erhalten hat, sei nicht ordnungsgemäß gearbeitet und behindere sie am Gehen sehr stark. Angeblich soll man sie auch mit ihrem erst 35 Tage alten Kind aus Frankreich abgehoben haben und sie habe nun durch diese Verzweiflungstat den französischen Behörden auf die ihr zuteilgewordene Behandlung und auf ihre schlechte Lage lenken wollen. Sie somohl wie ihr Gatte, der allerdings später noch in der Erregung gegen den Konjul eine nicht mißzuverstehende Drohung ausgesprochen haben soll, bestreiten, daß sie auf Konjul Binet selbst hätten schießen wollen. Die weiteren Ermittlungen müssen ergeben, ob es sich tatsächlich nur mehr um eine Demonstration als um einen Anschlag handelt. Im ersten Falle dürften die Russen lediglich ein Verfahren wegen verletzter Ehre und Bedrohung zu gewärtigen haben.

Großreinemachen im Keller.

In der Wisnower Straße 39 hat ein bald 70jähriges Fräulein seit 16 Jahren eine Kellerwohnung inne. Mit Deuten werden schmutzig. Fräulein X. war nun mal gar nicht fürs Reinemachen. „Warum den Staub und Dreck entfernen, wo doch immer wieder neuer dazu kommt,“ hieß ihr Grundsatz. Und so blieb alles, was einmal da war, da; es wurde nichts gesäubert und nichts fortgeworfen. Abfälle, Konfektbüchsen, zerbrochenes Geschirr, Stuhlbeine, mottenerstrebene Gardinen, alles blieb an Ort und Stelle. Und das wuchs und wuchs, türmte sich zu Pyramiden und füllte Stube und Küche bis zum Rand. Und in all dem Moderzeug hauste die Alte, selbst fast ein Bestandteil dieses Gerümpels, umgeben von Ratten und Hunden, ihren einzigen Freunden. Die Stadt zahlte die Wohnung, und was zum Lebensunterhalt notwendig war, das wurde auf Märkten und von mittelständigen Nachbarn zusammengebetzelt. In jeder Tages- und Nachtzeit konnte man die Alte bettend auf der Straße treffen und immer brachte sie Abfälle aller Art mit. Damit lehte sie sich dann vor ihre Tür und machte das Zeug für ihre kleinen Freunde zurecht; was die dann übrig ließen, das wurde wiederum dem Wohnungsinspektor einverleibt. Und all der ständig wachsende Unrat stank aus dem Keller mächtig gen Himmel, wobei er auch die Nasen der Hausbewohner passieren mußte. Beschwerden liefen von allen Seiten ein. Eines Tages wurde die Alte aufs Revier befohlen, man wollte feststellen, ob sie etwa geisteskrank und für ihre Handlungen nicht verantwortlich sei. Dies war jedoch nicht der Fall und sie konnte ungehindert in ihren Kugelsaal zurückkehren. Voriges Jahr brannte es in ihrer Wohnung, sie hatte unvorsichtig mit dem Licht hantiert. Bei den Löscharbeiten mußten sich die Wandschichten übergeben; die Atmosphäre war selbst für den kräftigsten Mann zu stark. Von da ab hatte man scheinbar ein schärferes Auge auf die Alte geworfen und gestern fuhr im Kostauto eine Reinemachungskolonne von

Jack London:

Lockruf des Goldes

(Berechtigte Uebersetzung von Ermin Magnus).

In dieser modernen Welt war etwas Beschriebenes mehr wert als das Wort eines Mannes, und selbst dann wußte man sich noch gut davor. In den alten Tagen am Yukon war es anders gewesen. Da bedurfte es keiner schriftlichen Abmachungen. Ein Mann sagte, daß er soundsoviel hatte, und selbst beim Roter wurde seine Schätzung ohne weiteres anerkannt.

Harry Hegan, der den schwersten Anforderungen genügte, die Daylights Operationen an ihn stellten, der nur geringe Illusionen besaß und kein Heuchler war, hätte sein Freund sein können, wäre er nicht so verschroben gewesen. Ein eigenartiges Genie, ein Napoleon im kleinen, mit einer visionären Kraft, die sogar noch größer war als die Daylights, mit dem Daylight aber außerhalb des Geschäftes nichts gemein hatte.

Statt wahrer Freunde besaß Daylight nur Zech- und Spielgenossen. Und als nun die sonntäglichen Ausritte mit Dede vorbei waren, verfiel er jenen immer mehr. Anhaltender als je baute er an seiner Cocktailmauer. Das große rote Auto war ständig im Gebrauch. In seinen ersten Tagen in San Franzisko hatte es Ruhepausen zwischen den geschäftlichen Unternehmungen gegeben; die letzte jedoch, die größte von allen, hielt ihn unaufhörlich in Atem. Es mußte Monate dauern, bis seine riesigen Vandauskäufe ein Resultat zeitigten. Jeder Tag brachte neue Probleme, und wenn er sie auf seine überlegene Weise gelöst hatte, verließ er das Kontor in seinem großen Automobil mit einem Chauffeur der Erleichterung bei dem Gedanken an den doppelten Martini, der ihn erwartete.

Sechs Wochen verstrichen, ohne daß er Dede außerhalb des Kontors gesehen hätte, und die ganze Zeit war er fest entschlossen, keine Annäherungsversuche mehr zu machen. Am siebenten Sonntag aber wurde die Sehnsucht in ihm übermächtig. Es war ein stürmischer Tag. Ein heftiger Südostwind wehte, und ein Regenschauer nach dem anderen ging über

die Stadt nieder. Er konnte sie sich nicht aus dem Sinn schlagen, und immer wieder stand das Bild vor seinem Geiste, wie Dede am Fenster saß und nähle oder sonst eine unnütze weibliche Beschäftigung vorhatte. Als der Zeitpunkt kam, da ihm sein erster Martini ins Zimmer gebracht wurde, trank er ihn nicht. Von einem kühnen Entschluß erfüllt, schlug er in seinem Notizbuch Dedes Telephonnummer nach und rief sie an.

Zuerst war die Tochter der Wirtin am Apparat, aber einen Augenblick später hörte er die Stimme, nach der er sich so sehr gesehnt hatte.

„Ich wollte Ihnen nur sagen, daß ich Sie besuchen werde,“ sagte er. „Ich wollte nicht kommen, ohne es Ihnen gesagt zu haben — das ist alles.“

„Ist etwas vorgefallen?“ klang ihre Stimme.

„Das sage ich Ihnen, wenn ich da bin,“ wich er aus.

Er ließ den roten Wagen zwei Ecken vorher halten und kam zu Fuß bei dem hübschen dreißigjährigen, schindelgedeckten Hause in Berkeley an. Er wußte, daß das, was er jetzt tat, durchaus im Widerspruch mit ihren Wünschen stand, und daß er sie in eine schwierige Situation brachte, wenn er sie zwang, den bekannnten und berühmten Multimillionär wie einen gewöhnlichen Sonntagbesucher zu empfangen. Andererseits war „dumme Zimperlichkeit“, wie er sich ausdrückte, das Letzte, das er von ihr erwartete.

Und er wurde nicht enttäuscht. Sie kam selbst an die Tür, um ihn zu empfangen, und schüttelte ihm die Hand. Er hängte Hut und Regenmantel in der geräumigen Diele auf und wandte sich zu ihr.

„Dinnen sind Sie beschäftigt,“ sagte sie und zeigte nach dem Wohnzimmer, aus dem die Stimmen junger Leute tönten; durch die angelehnte Tür konnte er mehrere Studenten sehen. „Wir müssen also schon in mein Zimmer gehen.“

Sie führte ihn durch die Tür rechts, und drinnen blieb er verlegen, wie angezogen stehen und starrte das Zimmer und sie selbst an, obwohl er sich die ganze Zeit bemühte, nicht zu starren. In seiner Verwirrung sah und hörte er nicht, daß sie ihn aufforderte, Platz zu nehmen. So wohnte sie also! Die Vertraulichkeit und die Art, wie sie ihn ohne Aufhebens hereinführte, war verblüffend, aber eigentlich hatte er es nicht anders von ihr erwartet. Es waren gewissermaßen zwei Zimmer; das eine, in dem er sich befand, war ihr Wohnzimmer, das andere, in das er hineinsehen konnte, ihre Schlafkammer. Aber außer einem einzelnen Toiletentisch voller

Kämme, Bürsten und zierlichen Kleinigkeiten deutete nichts darauf hin, daß es als Schlafzimmer benutzt wurde. Die breite Diwan mit einer altrosa Decke und einem Berg von Kissen mußte wohl das Bett sein, wenn er auch nie etwas gesehen hatte, das einem zivilisierten Bett so unähnlich war. Nicht daß er in diesem ersten peinlichen Augenblick viele Einzelheiten gesehen hätte! Er hatte einen ganz allgemeinen Eindruck von Wärme, Behaglichkeit und Schönheit. Einen Teppich gab es nicht, aber auf dem Parquetboden sah er mehrere Wolfs- und Coyotenfelle. Dann aber wurde sein Blick gefangen, einen Augenblick gehalten von einer halb-sitzenden Venus auf einem Steinwanntügel vor einem Hintergrund von Berglöwenfellen an der Wand.

Dede selbst aber machte den stärksten Eindruck auf seine Sinne. Er hatte sich stets gefreut, daß sie so weiblich war — die Linien ihrer Gestalt, ihr Haar, ihre Augen, ihre Stimme, ihr vogelartiges Lachen, alles hatte dazu beigetragen; wie sie aber hier in einem weichen Kleide, das sich eng um ihre Gestalt schmiegte in ihrem eigenen Zimmer stand, war der Eindruck ihrer Weiblichkeit geradezu überwältigend. Er war nur gewohnt, sie in hübschen Schneiderkleidern und Büsen oder in ihrer Reittracht aus Santicord zu sehen. Auf diese neue Offenbarung war er nicht vorbereitet. Sie erschien ihm jetzt viel weicher, anscheinender und zarter. Sie war ein Teil dieser Atmosphäre von Ruhe und Schönheit. Sie paßte ebenso herein wie in die nächsterne Kontoreinrichtung.

„Wollen Sie nicht Platz nehmen?“ wiederholte sie.

Er kam sich wie ein Tier vor, das lange nichts zu fressen bekommen hatte. Das Verlangen wälte in ihm auf, und ihm war, als müsse er über den ledernen Bissen vor ihm herfallen. Hier gab es weder Geduld noch Diplomatie. Der kürzeste Weg war ihm nicht zu schnell, und es war doch — wenn er es gewußt hätte — der unglücklichste, den er wählen konnte.

„Hören Sie,“ sagte er mit einer Stimme, die von unterdrückter Leidenschaft drabte, „ich möchte nicht im Kontor um Sie anhalten. Darum bin ich hier. Dede Rason, ich muß Sie besitzen, ich muß.“

Während er so sprach, war er auf sie zugetreten mit einem flammenden Ausdruck in den schwarzen Augen und mit brennenden Wangen.

Der Angriff war so schnell gekommen, daß sie kaum Zeit hatte, einen kleinen erschreckten Schrei auszustoßen und zurückzutreten. Gleichzeitig ergriff sie seine Hand, da er sie in seine Arme zu schließen suchte. (Fortsetzung folgt.)

8 Mann vor. Da wurde denn gründlich ausgeräumt und aller Schutt, Dreck und Abfall aufgeladen; ein Auto reichte nicht aus, es mußte ein zweites geholt werden. Schwer beladen schwankten die Wagen davon, begleitet von den Bewunderungen der Alten...

Plan eines neuen Tierparks.

Da die Berliner außerordentlich tierlieb sind, der Zoologische Garten einem großen Teil unserer Bevölkerung aber leider nur am „hilligen Sonntag“ offensteht, hat sich ein „Verein zur Schaffung und Förderung eines Volkstierparks“ gegründet. Der Osten Berlins soll dies Gelände stellen. Die Bevölkerung ist in dieser Gegend so dicht, daß der neue Park sich halten könnte, wenn auch nur die nächstgelegenen Stadtteile und Bezirke die Besucher stellen. Die Gründer des Vereins möchten sich München als Beispiel nehmen, wo der Einwohner-Hilfsverein, eine Tierpark L.O. schuf und die Gründung des Parks durchsetzte. Ein Teil der Aktien wurde dort von der Stadt übernommen, für das zur Verfügung gestellte, im Eigentum der Stadt gebliebene Gelände. Außerdem wurde eine Lotterie veranstaltet. Ähnlich plant der Verein auch in Berlin vorzugehen und er möchte gern auf die Stadt dahin einwirken, ihm ein Gelände für seine Zwecke auf 99 Jahre in Erbpacht zur Verfügung zu stellen. Vielleicht könnte der Park im Anschluß an schon bestehende Volksparks errichtet werden. Der geplante Park ist nicht als Konkurrenz des Zoologischen Gartens aufzufassen. Der Zoologische Garten dient in erster Linie der Wissenschaft. Der Park aber soll gerade in größeren Massen jene Tiere heben, für die das Volk sich besonders interessiert. So plant man in freien Begehungen und Gattern einheimische Wildarten zu halten, Giraffen, Zebras, Antilopen, Gnus und Strauße gemeinsam zu beherbergen, Eisbären und Robben in möglichst natürlich ammutender Umgebung zu zeigen und ein Affenparadies zu schaffen. Der Park soll für einen ganz niedrigen Eintrittspreis dem Publikum zugänglich sein.

Berkehrsfahren und Kinderschutz.

Die zunehmende Gefährdung von Kindern durch den Straßenverkehr hat in Berlin vor einiger Zeit dazu geführt, daß auch die Schule sich in den Dienst des Schutzes der Kinder stellte. Eine Vereinigung „Schul- und Verkehrswacht“ fördert diese Bestrebungen und bietet für die Befahrung der Schulkinder über den Straßenverkehr und seine Gefahren die nötigen Anschaffungsmittel. Zu dem in Berlin-Ost in der Gemeindefschule Kopenstraße eingerichteten ersten Musterzimmer für den Verkehrsunterricht, das die Schul- und Verkehrswacht bisher hatte, ist jetzt ein zweites derartiges Zimmer in Berlin-Nord in der Gemeindefschule Lütlicher Straße hinzugekommen. Alles, was ein Großstadtkind vom Straßenverkehr wissen muß und beachten soll, ist dort zusammengestellt.

Kriegsrente und Arbeitslosenversicherung.

Zum „Sofortprogramm“, zur Aenderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, hat die Deutsche Volkspartei dem Reichstag einen Antrag zugeleitet, in dem verlangt wird, daß Rente, die der Arbeitslose auf Grund des Reichsversicherungsgesetzes, des Altersrentengesetzes und früherer Militärversicherungsgeetze erhält, auf die Arbeitslosenversicherung angerechnet werden soll. Nur die Zusatzrenten sollen nicht angerechnet werden. Von der Rente soll lediglich ein Betrag von 15 M. monatlich von der Anrechnung frei bleiben. Auch bei Zusammenreffen von Rente und Zusatzrente soll der anrechnungsfreie Betrag im Monat ebenfalls 15 M. nicht übersteigen. Der dem Reichsarbeitsministerium angegliederte Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge hat in seiner Sitzung vom 25. Juni in einer vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten vorgelegten, einstimmig angenommenen Entschließung gegen diese Pläne die stärksten Bedenken geäußert und nachdrücklich vor ihrer Weiterverfolgung gewarnt. Es würde dem in der Arbeitslosenversicherung anerkannten Grundgedanken der Leistung und Gegenleistung direkt widersprechen, wenn bei gleicher Beitragsleistung die Kriegsbeschädigten schlechter gestellt würden als die übrigen Arbeitnehmer. Die bisherige Fürsorge für die Kriegsbeschädigten beruht in erster Linie auf dem Grundgedanken, dem Kriegsbeschädigten Sicherheit im Berufsleben zu geben. Zu diesem Zweck ist auch das Schwerbeschädigtengesetz geschaffen worden. Es ist nicht richtig, wenn angenommen wird, die Kriegsbeschädigten belasteten die Arbeitslosenversicherung besonders. Wichtig ist vielmehr, daß die Arbeitslosigkeit auf Grund der Wirkung des Schwerbeschädigtengesetzes bei ihnen viel niedriger ist als bei den gesunden Arbeitnehmern. Der Reichsausschuß ersucht die Reichsregierung und den Reichstag dringend, es bei der bisherigen Regelung zu belassen.

Gefangenseit in Beeslow.

Der Himmel war mit der Auswahl des netten Städtchens Beeslow als Festort für das Gefangenseit des XIII. Bezirkes des Arbeiterängerbundes nicht recht einverstanden. Aber die fröhliche, zielbewusste Gesangsleistung unserer wackeren Arbeiteränger ließ sich nicht beirren. Das Programm für das Gefangenseit des XIII. Bezirkes in Beeslow wurde vorschriftsmäßig abgewickelt, und zwar im Garten und Saal des Schützenhauses. Vormittags erkreuten einige der besten Vereine die Anwesen des Krantenhause mit einem jubelnd aufgenommenen Ständchen. Der imposante Anzug fand auf dem Marktplatz seinen Ruhepunkt, wo unter der Leitung des Bezirkschormeisters Koch Wagners „Wach auf“ und „Der Gesang der Völker“ erklangen. Vor den Begrüßungsworten des Bezirksvorsitzenden Schmidt (Fürstenwalde) improvisierte Landtagsabgeordneter Drügemüller eine launige Ansprache, die mit seinem Humor seine Rede als einen Erfolg für die fehlenden Begrüßungen durch die städtischen Behörden anbot. Das Konzert selbst war offenbar die Frucht tüchtiger und energischer Arbeit. Sehr neuzeitlich gab sich die Vortragsfolge nicht. Außer zwei Schlachtdreien von Vendovi und Eschbach, die für die zwei möglichen Proben der Gruppenchöre viel zu schwer waren, war nur Klaus Pringsheims „Arbeiterlied“ aus Lollers „Maschinenräuber“ auf dem Programm. Ein einfaches, russisch beeinflusstes Lied, das aber durch seine originell stimmliche Anordnung und die dauernde leise Begleitung der Pauke den schauerlichen Reiz seiner hohen Quartett und leeren Quinten große Wirkung erzielen kann. Die Höhepunkte des Konzerts waren das wunderbar zart ausgedeutete „Volklied“ von Löhmann (Gemischter Gesangchor unter Koch), „Der Festgesang der Künstler“ mit stark unter der ungünstigen Aufstellung der Sänger und der massigen Unnachgiebigkeit der begleitenden Blasinstrumente.

Keine Schwarzweihroten Schülermützen! Die Republikanische Schwarzwertelle Berlin hatte festgestellt, daß noch immer die Schülermützen des Realgymnasiums in Rauen mit einem schwarzweihroten Band versehen sind, obwohl der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung dies verboten hat. Auf Veranlassung beim Provinzialschulkollegium ist der Beschwerdefeststeller ein Bescheid zugegangen, daß die Mützen mit dem schwarzweihroten Streifen vom Beginn des kommenden Schuljahres nicht mehr getragen werden.



Berlin als Weltstadt

Anregung und Kritik

Berliner Literatur.

An Romanen, die Berliner Leben schildern, fehlt es nicht: realistische, phantastische, historische, moderne und übermoderne — man hat die Auswahl. Aber die eigentliche Berliner Literatur, also die Schilderung der Stadt, ihrer Vergangenheit und Gegenwart, hat nicht allzu viele Federn in Bewegung gesetzt. Wenn man z. B. die Angaben des Katalogs der Stadtbibliothek mit den Verzeichnissen über Pariser oder Londoner Literatur vergleicht, so sieht man deutlich, wieviel noch zu tun ist, um das Stadtbild und die Wesensart der Bewohner, die Sitten ihrer Freuden und Leiden, für die kommenden Geschlechter festzuhalten. Und wieviel gibt es doch selbst in einer kleinen Großstadt an charakteristischen Zeichen der Zeit. Wer mit eigenen Augen die Entwicklung Berlins verfolgen konnte oder aus der Lektüre von Zeitungen älterer Zeit das Wachsen kennen gelernt hat, wird zu der Ansicht kommen, daß Berlin erst seit dem Kriege von 1864 ein schnelleres Tempo in seinem Aufblühen zu verzeichnen hat. Die Geschäftswelt witterte Morgenluft: die blutgebürgte Saat mußte, da die Kriege Siege, d. h. Zuwachs an Macht und Geld brachten, herrlich aufgehen. Der Zustand des alten Berlin, das noch um 1800 und in der Biedermeierzeit „schön“ genannt werden konnte, war in den Jahren der politischen Verblüdung, die unter den beiden letzten Friedrich Wilhelm eingetreten war, recht fragwürdig geworden. Es galt, Straßen, Häuser, Parks, Ausflugsorte neu herzurichten, für die Vergnügungslust und Bepflegungsansprüche einer auf ihren Reichtum pochenden Gesellschaftsform zu sorgen: 1861 kam die Patis zum ersten Male nach Berlin, und 1864 eröffnete Hiller sein „vornehmes“ Restaurant „Unter den Linden“. Es leben noch genügend Berliner, die den Aufstieg von der Mission zur vierfachen Zahl erleben, aber klein ist die Zahl derer, die hierüber berichtet haben. Man wird diese Unterlassungslünde nur dadurch gutmachen können, daß man von städtischer Seite tatkräftig eingreift. Nicht etwa durch ein oder mehrere Preisausschreiben — das hieße doch zu sehr Raubbau mit der literarischen Kraft unserer Zeitgenossen treiben. Wohl aber könnte die Stadt bestimmte Thematika an ihr geeignet erscheinende Autoren vergeben und die Werke an die Öffentlichkeit bringen. Der Pflege der Kunst von Seiten der Stadt würde so eine Pflege der Literatur zur Seite gestellt werden, die den Vorteil hätte, daß die Werke nicht nur dem eigentlichen Berliner, sondern dem weiteren deutschen Volke, und darüber hinaus der ganzen Kulturwelt zugute kämen. Auch für die Propaganda des Fremdenverkehrs böte dieses Vorgehen bedeutende Vorteile.

Wo Straßen sich schneiden.

Straßenkreuzungen haben fast immer etwas höchst Prosaisches, hier ein Rechteck, dort ein Rechteck, und auf der anderen Seite das gleiche. Ist die eine Straße breit, so mildert sich diese Prosa, aber bei zwei engen Straßen wäre eine Belebung des Schnittpunktes durchaus erwünscht. Man hat nun neuerdings runde Eckfronten eingeführt. Doch scheint uns dies bei den Durchschnittsstraßen keine sehr glückliche Form — der Bogen wirkt etwas majestätisch und bedarf daher einer genügend großen Fläche, um seine

Das verschwundene Schulschiff.

Der Atlantik hütet das Geheimnis der „Röbenhavn“.

Die Mitteilungen, das dänische Schulschiff „Röbenhavn“, eine Fünfmasterrakete, sei von dem englischen Dampfer „Heslus“ in gestrandetem Zustande an der Küste der Insel Tristan da Cunha im Atlantischen Ozean beobachtet worden, stellt sich als eine Mystifikation oder zum mindesten als ein Mißverständnis heraus. Der Kapitän des Schiffes demontiert neuerdings die Mitteilung und behauptet nur, daß die Bewohner der Insel ihm, als sein Schiff vor der Insel Anker geworfen hatte, erzählt haben, sie hätten das Schulschiff die Insel passieren sehen. Wenn die Inselbewohner das Schiff richtig identifiziert haben sollten, dann wäre dies die erste Mitteilung, die nach dem Verlassen von Buenos Aires von der „Röbenhavn“ eingetroffen ist.

Ermutigend ist diese Mitteilung aber keineswegs, denn sie würde nur beweisen, daß man bisher in den letzten Wochen an einer ganz verkehrten Stelle nach dem Schulschiff gesucht hat. Inzwischen aber ist das auf die Nachforschungsexpedition ausgefahrene große dänische Motorschiff „Mergo“ bis zu der Insel Gough vorgekreuzt und hat die Küste dieser Insel genau abgesehen, ohne Bruchteile vorzufinden. Gleichfalls hat man eine Landung auf der unbewohnten Insel vorgenommen und dabei ebenfalls erwidert, daß die Mannschaft der „Röbenhavn“ nicht auf dieser Insel gewesen sein kann, da das für Schiffsbrüchige ausgelegte Nahrungsmitteldepot an der Ostseite der Insel völlig unberührt war. Die „Mergo“ ist darauf nach der Insel Tristan da Cunha weitergefahren, die etwa 220 Seemeilen südöstlich liegt, um diese Inselgruppe abzusuchen. — Von der dänischen Regierung wird mitgeteilt, daß auf diesseitige Anforderung hin eine amtliche Untersuchung der Verhältnisse

Funkwinkeln

„Die Opernfreunde“ waren im Programm als ein „neu-arrangiertes Funkspiel“ angekündigt. Wieso die Veranstaltung zu diesem Ehrentitel kam, blieb unklar. Was man an Texten zu hören bekam, war ein sehr flaches, langweiliges und überflüssiges Geschwätz. Das musikalische Programm der Veranstaltung war dagegen sehr erfreulich vor allem durch die Mitwirkung von Beria Rurina und Joseph Schmidt. — Am Nachmittag sprach in der Stunde „Frauenfragen und Frauenfragen“ Pearl Violette Mehlhahn, Revue-Darstellerin, über das Thema „Weshalb gibt der amerikanische Haushalt der Frau mehr Möglichkeit zur Erholung?“ Die Ausführungen, obgleich sie sich im wesentlichen auf Ernährungsfragen beschränkten, überragten erfreulich das Durchschnittsniveau der Vorträge in diesem Zirkus. Die Vortragende, die die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und Amerika wirklich kennt, gab keine papierernen, unbefugbaren Ratschläge, sondern sie begnügte sich damit, den Tageslauf der amerikanischen Hausfrau zu schildern und überließ es den Hörerinnen, Ratschläge abzugeben — soweit es möglich war — für den eigenen Haushalt daraus zu ziehen. — Durch das Nachmittagsprogramm machte das Gewitter einen Strich. Die Vorträge fielen zum größten Teil aus.

Existenz zu rechtfertigen. Aber im älteren Berlin, in den Straßen um den Alexanderplatz, sind wir einer Erlösung begegnet, die freilich, da sie Abgabe einer Baufläche an die Stadt in sich schließt, vielleicht nicht immer bei den heutigen Bauherren zu erzielen ist. Man denke sich die vier Ecken abgeschrägt, so daß aus der quadratischen Bodensfläche des Schnittes (bei gleicher Straßenbreite) ein Achteck wird, das nahezu Plagcharakter erhält. Auf Fahrten in märkischen Kleinstädten findet man auch eine interessante Lösung der Eckkonstruktion, die freilich, an allen vier Ecken wiederholt, den Reiz der Einzellösung ins Gegenteil verkehren würde. Man sieht nämlich eine schräge Abtrennung des Parterregeschosses, während das obere Stockwerk sich erkerartig über den leeren Traufraum schiebt, womöglich noch durch eine Säule gestützt. Da Berlin die stets romantisch wirkende Anordnung der Laubengänge an den Häusern nicht kennt, ist es schon notwendig, für die Eckpartien nach Lösungen zu suchen, die das öde Einerteil im Straßenbilde mildern.

Die Post spart.

Ist Berlin Weltstadt oder vielmehr nicht hier und da noch ein Krähwinkel? Die Frage ist berechtigt, wenn man sieht, daß die große Ausstellung am Kaiserdamm ohne eigenes Postamt ist. Sie war natürlich mit einem solchen beschenkt worden, aber seit kurzem sind die der Post zur Verfügung gestellten Räume verwaist. Daß es da täglich schmerzliche Überraschungen gibt, ist selbstverständlich. Den Grundlag, daß man um des Prestige willen gelegentlich Opfer bringen muß, scheint die Postverwaltung sich nicht zu eigen zu machen — eine etwas bestrebliche Anschauung, zumal wenn sie auf einem für den Fremdenverkehr so wichtigen Gebiet, wie die großen Ausstellungen es sind, zum Ausdruck kommt. Daß die Personalbesetzung in dem Postamt eines Warenhauses so gering ist, daß das Publikum Schlange steht, mag noch hingehen — die eigene Post der Ausstellung zu nehmen, ist aber kein Schönheitsfehler, sondern ein wirklicher Fehler.

Was der Straßenbahn noch fehlt.

Der jüngste diskutierte Plan, nach dem Vorbilde der Badestadt Wiesbaden unsere Straßenbahn durch Omnibusse zu ersetzen, ist hier schon zurückgewiesen worden. Aber man kann dem einen der von den Bahngegnern angeführten Gründe wohl nachgehen, da er geeignet ist, die Leistungsfähigkeit der Straßenbahn zu erhöhen und den schweren Dienst der Wagenfahrer zu erleichtern. Es betrifft das Weichenstellen durch den Fahrer, wobei naturgemäß nicht nur meist doppeltes Halten, sondern auch oft ein Vor- und Zurücktreten eintritt. Würde diese, eine ziemliche Kraftanstrengung des Fahrers auslösende Arbeit ihm abgenommen und auf einen extra gestellten Weichensteller abgeladen, so wäre ein großes Verkehrshindernis beseitigt. Früher gab es wenigstens einige Weichensteller; sie scheinen alle verschwunden zu sein. Bei glattem Durchfahren aller Weichen hätte der Fahrgast das Bewußtsein, in einem wirklich modernen Verkehrsmittel zu sitzen... und die „Bahn als Verkehrserschwerung“ wäre dem Arsenal der Bahngegner verschwunden.

des Schulschiffes durch Sachverständige des dänischen Marine- und des Seefahrtsministeriums stattgefunden hat. In einer langen Erklärung wird hierin alles geschildert, was bisher über den Verlauf der Reise und die Beschaffenheit des Schiffes „Röbenhavn“ bekannt geworden ist. Die Sachverständigen kommen zu dem Ergebnis, daß „Delfin“ ein „Kompagn“, die Reeder, der die „Röbenhavn“ angehört, nichts unterlassen hat, was zur Aufklärung des Rätsels des Verschwindens beitragen kann.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Eintragungen für diese Rubrik hat Berlin 68, Lindenstraße 2. Bitte an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Sonntag, 29. Juni, 18 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Konferenzzimmer der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstr. 3. Alle Kreise müssen vertreten sein.

14. Kreis Kottbus. Genossen und Genossinnen, die bereit sind, am Sonntag, 29. Juni, 12 Uhr, mitzufahren nach Stolow zu einem Sommerfest der dortigen Parteigruppen, werden ersucht, sich am Freitag, 28. Juni, zwischen 17 und 19 Uhr, im Parteibüreau, Adelstraße 5, zu melden.

Morgen, Freitag, 28. Juni:

1. 10 Uhr bei Tebrakow, Ewinenländer Str. 11, Funktionärskonferenz. Abrechnung der Beiträge und Wahlmarkt.

2. 19 Uhr bei Barusch, Friedenstr. 38. Sitzung der Parteiführer und Redaktoren. Abrechnung sämtlicher Parteien. Jeder Bezirk muß unbedingt vertreten sein.

3. 20 Uhr, Sitzung! Sonntag, 29. Juni, 10 Uhr, Besichtigung der Wasserwerke, Müggelsee. Treffpunkt 10 Uhr Endstation der Linie 64. Ausnahme nicht vergessen. Teilnahmekarten, die keine Verwendung finden, sind bis zum 28. Juni beim Genossen Seipold, Belle-Alliance-Str. 12, wieder abzugeben, da große Nachfrage vorhanden ist. Fahrverbindungen: 1. Eisenbahn bis Bahnhof Friedrichshagen, dann Fußweg 30 Minuten. 2. Straßenbahn ab Potsdamer (8 Uhr früh) Linie 64 bis Köpenick, Lindenstraße. Weiterfahrt mit Linie 64 bis Endstation, (Beste Anschluss für die Besichtigung vormittag 9.14 Uhr Bahnhof, Lindenstraße.) Nachzügler und Gäste ab 14 Uhr Restaurant Friedhof Müggelsee.

Frauenveranstaltung.

28. Juni, 18 Uhr, wie verabredet im Lustbad „Rödersberg“ mit gymnastischen Übungen. Vortragende Genossin Lotte Partow.

Arbeiterwohlfahrt.

2. Kreis Wedding. Sitzung des erweiterten Kreis-Ausschusses am 28. Juni, 19.15 Uhr, im Legehühner Schützenklub, L. V. Stad. Tagesordnung: 1. Bericht der Parteigruppen. 2. Ausprache über das Arbeitsgebiet. 3. Bericht über die Mitglieder des Kreis-Ausschusses und die Abteilungsleiter der Parteigruppen werden gebeten, persönlich zu erscheinen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Belegter Name. Es sollen nach Teilschmerle von Kowow, Wilben, Weibing und Reufka. Sie sollen enthalten: Name und Geburtsdatum von Helen Tollen und Helene sowie Name von Jeli und Kreis. Unterzeichnet die Namen beizugeben, die später an den Kreis fahren. Zu welchem Kreis gehört das Teil „Partei“ mit des Sekretärs Olga Becker. Meldung an Schmittbauer, Reufka, Kaufstr. 18.

3. Kreis Wedding. Wie bereits am Sonntag, 29. Juni, im Reichshaus, am Vöhring. Gemeindefest Treffpunkt: 10 Uhr, im Reichshaus, am Vöhring, 10.15 Uhr, Nachmittags mit dem Namen. Eintrittskarten werden in den Gruppen ausgegeben.

4. Kreis Wedding. Wie bereits am Sonntag, 29. Juni, im Reichshaus, am Vöhring. Gemeindefest Treffpunkt: 10 Uhr, im Reichshaus, am Vöhring, 10.15 Uhr, Nachmittags mit dem Namen. Eintrittskarten werden in den Gruppen ausgegeben.

Ugrarfragen im Reichstag.

Gefrierfleischzufuhr und Kinderspeisung gehen weiter.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstagsdebatte über die Zollfragen teilte Präsident Eöbe mit, daß der vom Minister erwähnte Antrag der Regierungsparteien zurückgezogen worden ist. Auch ohne diesen Antrag bleibt, sofern der deutsch-nationale Antrag nicht angenommen wird, die zollfreie Einfuhr von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch bestehen. Der ursprüngliche Ausschuh Antrag will diese Einfuhr durch Wiederherstellung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes erschweren, wonach Gefrierfleisch nur mit den Inneren zusammen eingeführt werden dürfte, was praktisch auf gänzliches Unterbleiben der Einfuhr hinauslaufen würde.

Abg. Dr. Hortlacher (Bayr. Sp.) legt den Entrüstungsturm der Rechten gegen die Forderung von Dr. Herz über die Rückständigkeit der Bauernwirtschaft rednerisch fort.

Abg. Freybe (Sp.) spricht für die schon erwähnte Einfuhrerschwerung, woran das deutsche Fleischgewerbe interessiert sei.

Abg. Stabendorf (Dnat.) verlangt höhere Kartoffelzölle, besonders gegen Holland und Polen.

Reichsernährungsminister Dietrich

Sagt außer der schon im „Abend“ berichteten Bolemit nach: Wären die Bauern hier auf die Vertretung ihrer Interessen nur durch die agrarischen Gruppen angewiesen und hätten sie nicht ihre Vertretung in den großen politischen Parteien der Mehrheit, dann wäre für die Landwirtschaft wenig zu erreichen. Lebhaftige Zustimmung der Mehrheit, (Geschr. rechts.) Die geht von der Landwirtschaft bekämpften Bindungen im schwedischen und französischen Handelsvertrag sind auf Verlangen unserer Landwirtschaft eingeführt worden. Das hat Minister Dr. Curtius ausdrücklich festgestellt. (Hört, hört.) Gemacht hat das die zweite Regierung Luther, während wir ein umfassendes Hilfsprogramm auf lange Sicht für die Landwirtschaft aufgestellt und uns mit größtem Eifer für die Wünsche der Bauernschaft eingesetzt haben. Wenn Sie (nach rechts) das leugnen, so erwarten wir, daß der gesunde Sinn der Bauernschaft nicht auf das hereinfallen wird, was Sie aus Populärhaftigkeit und politischer Agitationslust predigen. (Wärm rechts, Beifall links.)

Abg. Bergmann (Soz.):

Der Ausschuh Antrag, daß die Regierung gleichzeitig über den Versand von Fleisch Bestimmungen treffen kann, enthält die Gefahr, eine Ausnahmebestimmung gegen das ausländische Fleisch und gegen die Freizügigkeit zu sein. Das würde den Handelsverträgen zuwiderlaufen. Die Gefahr ist noch nicht soweit, um die Einfuhr von Gefrierfleisch zusammen mit den Inneren zu ermöglichen. Die Wieder-einführung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes würde die Gefrierfleischzufuhr verhindern. Die Einfuhr von halben Tierkörpern würde wegen der schlechten Ausnutzung des Schiffsraums die Transportkosten gewaltig steigern. Die Landwirtschaft verlangt Gleichstellung der Untersuchung von in- und ausländischem Fleisch. Dabei ist die Untersuchung in ausländischen Schlachthöfen nie so gut wie in Deutschland. In den 14 Jahren der Gefrierfleischzufuhr sind Fleischergiftungen dadurch überhaupt nicht vorgekommen. (Hört, hört, links.)

Dieselben Rechtsparteien, die mit aller Kraft die Arbeitslosenversicherung zu verschlechtern suchen, wollen auch die Lebenshaltung durch Zollerhöhungen und Einfuhrverbote verschlechtern.

Die Angriffe des Abg. Hortlacher auf Dr. Herz sind unausföhrlich. Die starke Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft ist doch in der landwirtschaftlichen Presse oft genug hervorgehoben worden. Wenn aber ein sozialdemokratischer Redner im Reichstag daselbe sagt, dann ertönt hier ein künstlicher Entrüstungsturm, der aber natürlich an den Tatsachen nichts ändert. (Sehr gut links.) Am 13. Mai hat Abg. Freybe hier behauptet, daß die „Hamburger Produktion“ mehrere Schlächtermeister bankrott gemacht habe. Unter den angegebenen Wresen sind diese Schlächtermeister nicht zu finden. Soweit sie ermittelt worden sind, hat sich ergeben, daß sie seit Zulassung der Gefrierfleischzufuhr damit gehandelt haben.

Auf Behauptungen der Wirtschaftspartei wird man nach dieser Wahrheitsprobe in Zukunft nicht viel geben können.

(Sehr gut links.)

In höheren Zöllen haben wir kein Interesse. Wir haben auf dem Parteitag in Magdeburg unsere Stellung dazu klargestellt. Unrichtig ist, daß die von der Viegenossenschaft Berlin angeführten Zahlen über in- und ausländische Schlachtungen auf Hamburg zutreffen. Einen Vergleich kann man auf dieser Grundlage nicht ziehen. Wir werden bei den Abstimmungen nach den Interessen der Konjumenten und nach den wahren Interessen der Landwirtschaft entscheiden.

Die Abstimmungen.

Der Ausschuh Antrag auf Wiedereinführung des § 12 Fleischbeschaugesetz wird in namentlicher Abstimmung mit 245 Stimmen

der Sozialdemokraten, Kommunisten und einer Anzahl Mitglieder der bürgerlichen Regierungsparteien gegen 162 Stimmen der Deutsch-nationalen, der Wirtschaftspartei, der Holenkreuzer und der beiden Bauerngruppen und bei vier Stimmenthaltungen abgelehnt. (Plut-Rufe rechts.)

Angenommen wird die Bestimmung, daß der Händler Gefrierfleisch als solches zu bezeichnen hat, den Preis aber nicht mehr auszeichnen muß. Das Viehleuchengeh wird unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrags angenommen, desgleichen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten die Erhöhung des Kartoffelzolls. Die Butterzollerhöhung wird mit der gleichen Mehrheit beschlossen, ebenso ein Antrag Hamkens (D. Sp.), mit Dänemark über die Einstellung der Kindereinfuhr in den Sommermonaten zu verhandeln. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten werden schließlich auch die Zollerhöhungen für Wollereiprodukte und Zucker angenommen. Alle diese Beschlüsse werden sofort in drücker Beratung bestätigt. Es folgt die dritte Beratung des Etats für 1929.

Ein Zwischenfall.

Auf der Publiktribüne erhebt sich ein Mann und hält mit lauter Stimme eine Ansprache, in der er erklärt, die Bauern würden sich nicht länger betrügen lassen. Die Sitzung wird auf 3 Minuten unterbrochen und der Tribünenredner abgeführt.

In der Etatsberatung spricht zunächst

Abg. Dr. Reichert (Dnat.). Er fragt den Reichsfinanzminister, wo das vom Reichstag verlangte Gutachten über Erparnismöglichkeiten bei allen Ressorts bleibe, und fährt fort: Die Sozialdemokratie labotiert die Reform der Arbeitslosenversicherung. Der sozialdemokratische Finanzminister hat geradezu einen Rekord in Anleihen aufgestellt und mit seiner steuerfreien Anleihe ein käufliches Fiasko erlebt. Wir bezweifeln, daß Dr. Hilferding der rechte Mann für die kommenden großen Aufgaben der Finanzpolitik ist. Deutschlands Gelamtschulden, Young-Plan und kommerzielle Schulden werden 50 bis 75 Milliarden betragen. Die deutsche Delegation in Paris ist von Berliner Stellen in einem Sinn beeinflusst worden, der den Interessen der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes abträglich ist.

Abg. Schmidt-Stettin (Dnat.) behauptet, die Regierung und die Mehrheit hätten die der Beamtenschaft gegebenen Versprechungen nicht erfüllt.

Abg. Graf Reventlow (Natjz.) verliest unter dem Gesicht der Mehrheit Forderungen gegen die Juden, wie z. B., daß die Juden äußerlich kennlich gemacht werden sollen.

Abg. Küß (Dem.) erwidert mit dem Wort Friedrichs III.: „Dieser Antisemitismus ist die größte Schmach des Jahrhunderts.“ Damit endet die allgemeine Aussprache; es folgt die Einzelberatung der Etats für die Reichsministerien.

Abg. Berth (Komm.) beschwert sich über Mißbrauch, der für die Technische Rothilfe bewilligten Mittel zugunsten von Privat-unternehmern.

Abg. Gof (Dnat.) bekämpft einen Antrag der Mehrheit, 6 Millionen Mark als Beihilfe für die Deutschen Werke in Kiel zu bewilligen.

Abg. Frau Krendee (Komm.) spricht unter heftigen Angriffen auf die Sozialdemokratie über die Kinderspeisung.

Abg. Gerlach (Soz.):

Da diese Vorwürfe von Wortbruch und Verrat in jeder Sitzung mindestens einmal wiederkehren, will ich darauf eingehen. In der zweiten Lesung hat unser Fraktionsmitglied Frau Bohm-Schuch schon betont, daß unsere Stellung zur Kinderspeisung genau dieselbe ist wie früher. Wir lassen uns natürlich weder den Zeitpunkt noch die Richtung unserer Politik und unserer Maßnahmen von den Kommunisten vorschreiben. (Geschr. der Kommunisten.) Ihre Torheit, diese Frage mit dem Reichsernährungsministerium zu verbinden, weil dort früher einmal die Ueberbrücke auf der Reichsgetreidestelle für die Kinderspeisung verwendet werden sollten, sind wir doch nicht verpflichtet mitzumachen. Wir stellen unsere eigenen Anträge und haben auch jetzt wieder eine Entschlußung zugunsten nothleidender Kinder eingebracht. (Wärm der Kommunisten.) Ich kann mir ja denken, daß es Ihnen nicht angenehm ist, wenn wir Ihre Agitationspolitik bloßstellen. Wir unterscheiden uns dadurch von Ihnen, daß wir den praktischen Weg suchen und eine Mehrheit zu gewinnen streben, um für die Kinderspeisung etwas herauszubekommen.

Wir verlangen in unserer Entschlußung, daß Mittel aus den Zolleinnahmen zur Weiterführung der öffentlichen Kinderspeisung verwendet werden.

Sie aber lassen bestenfalls hinter uns her. Als wir im Rheinischen Provinziallandtag 150 000 M. für die Kinderspeisung beantragten,

kamen die Kommunisten und verlangten 1 Million (Heiterkeit). Während Zwischenrufe der Kommunisten. Ordnungsruf für Höllen, der den Redner einen „aufgeblasenen Fisch“ genannt hat. Wir wünschen, daß von den 40 Millionen, die aus den Zolleinnahmen den Landesversicherungsanstalten zufließen, ein ausreichender Betrag für die Kinderspeisungen ausgezahlt wird. Wir wissen, daß bei der Zusammenziehung des Hauses dies die einzige Möglichkeit ist, für die nothleidenden Kinder wirklich etwas zu schaffen. Der natürlich weitergehende kommunistische Antrag würde auch trotz unserer Unterstützung abgelehnt werden. Wir erwarten daher, daß die Kommunisten für unseren Antrag stimmen, wenn sie nicht verantworten wollen, daß für die Kinderspeisungen überhaupt nichts geschieht. Aus meinen Erfahrungen als Deputierter für die Kinderspeisung in der Rheinprovinz kann ich ihre Notwendigkeit nur auf das dringendste befürworten.

ein Stadtorzt in Belsenkirchen in einem amtlichen Gutachten die Kinderspeisung als überflüssig erklärt

(Hört, hört! links), so kann man darüber nur staunen, zumal er eine Unterernährung der Kinder bestritt. Ebenso ist es mit der Behauptung, daß Unterernährung nur ein modernes Schlagwort sei, und daß in einer Volksschule nach der Frühstückspause fürbeweise das Frühstück eingefamkelt werden müßte, das die Kinder liegen gelassen hätten. (Entrüstungsrufe links.) Aus amtlichem Material geht hervor, wie dringend notwendig die Kinderspeisung ist. Das Düsseldorf Gesundheitsamt berichtet, daß von 20 000 untersuchten Kindern 27 Proz. in völlig ungenügendem Ernährungszustand waren, ebenso der Stadtmedizinalrat in München-Bladbach. In der Arbeiterstadt Ronsdorf sind mehr als 50 Proz. der Schullinder unterernährt. Das Bezirksamt Berlin, Prenzlauer Berg, berichtet, daß 315 Kinder ohne erstes Frühstück, 180 ohne zweites Frühstück zur Schule kommen und 847 Kinder kein Mittagessen erhalten. Ein Berichterstatter des „Vorwärts“ hat

die grauenhaften Zustände in den Weberbezirken von Langensielow, Estow

ufm. geschildert. Ganz ähnlich sind die Verhältnisse in Waldenburg. Am allererschlimmsten ist es dort, wo reine Arbeitergemeinden infolge der Arbeitslosigkeit überhaupt nichts für die Volksgehundheit und Kinderfürsorge tun können, so in Schiefen, in Trier, in den Saargäuderbezirken, in der Elbel usw. Wenn auch die Kinderspeisungen nach der Fürsorgepflichtverordnung den Ländern und Gemeinden obliegen, muß doch selbstverständlich das Reich hierzu zu Hilfe kommen. Der preussische Wohlfahrtsminister Hirtzler hat im Landtag, da Preußen nur eine Million dafür verwenden kann, einen Appell an das Reich gerichtet. Wir dürfen diese Hoffnung nicht enttäuschen. Nehmen Sie unsere Entschlußung an, damit unsere Jugend und die Zukunft unseres Volkes nicht fürperlich und damit auch geltlich verenden! (Lebhafter Beifall der Soz.)

Abg. Frau Krendee (Komm.) hält abermals eine Rede gegen die Sozialdemokratie und behauptet, Minister Seering habe in einer Denkschrift die Notwendigkeit der Kinderspeisung bestritten.

Abg. Lipinski (Soz.): Bei der zweiten Lesung ist infolge eines Irrtums über ihre Bedeutung eine Entschlußung abgelehnt worden, die die Vorlegung des Reichsheimstättengesetzes fordert. Da dieser Gelegenheitswurf fertig ist und der Reichsarbeitsminister ihn einbringen will, so wie der Reichstag es wünscht, haben wir diese Entschlußung nochmals vorgelegt und bitten um ihre Annahme.

Abg. Kaedel (Komm.) übt scharfe Kritik an der Arbeitslosenversicherung, die schlechter sei als die frühere Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Dr. Jorissen (Sp.) spricht gegen ein Wohnheimstätten-gesetz, ebenso auch Abg. Winnefeld (D. Sp.), während

Abg. Tremmel (Z.) für die Entschlußung eintritt, die keineswegs die Sozialisierung des Hausbesitzes beabsichtigt.

Darauf werden die Etats der einzelnen Ministerien, des Reichspräsidenten, des Reichstags usw. angenommen, ebenso Anträge Koch-Meyer (Dem.) auf

Vorlegung eines Reichsangehörigkeitsgesetzes und mögliche baldige Beseitigung der Entloven.

Die Entschlußung auf Vorlegung eines Wohnheimstättengesetzes wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und des Zentrums angenommen, ebenso die sozialdemokratische Entschlußung auf Weiterführung der Kinderspeisungen, nachdem

Abg. Frau Krendee (Komm.) eine längere Schimpferei gegen die Sozialdemokratie verlesen und mit der Ankündigung geschlossen hatte, daß die Kommunisten für die sozialdemokratische Entschlußung stimmen werden. (Lebh. Heiterkeit.)

Eine Anzahl Etats werden am heutigen Donnerstag erledigt.

Beim Wehretat verlangt

Abg. Schöpplin (Soz.) eine Erklärung zu der Behauptung, daß das Ministerium Millionen für unbrauchbare Sättel ausgegeben und Wertsplionage gefördert habe.

Ein Vertreter des Reichswehrministeriums erwidert, die Vorgänge lägen weit zurück, die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen, aber schon jetzt lasse sich sagen, daß die Vorwürfe übertrieben seien.

Nach 7 Uhr abends verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 10 Uhr, außerdem Getreidezölle und kleinere Vorlagen.

Großer Reise-Verkauf

bei **MAASSEN** NUR LEIPZIGER STR. 42

Praktische REISEMÄNTEL aus Stoffen englischer Art, ganz auf Kunstseide Mk. 49.- 39.- 29.-

Fesche MÄNTEL aus feinen Herrenstoffen, ganz auf Kunstseide Mk. 59.- 49.- 39.-

Hochelegante MÄNTEL aus Wollgeorgette auf Cröpe de chine Mk. 89.- 69.- 49.-

SPORTLICHE WOLLKLEIDER fesche Formen Mk. 29.50 19.75

JACKENKLEIDER sportliche Formen, aus Stoffen engl. Art, Jacke auf Kunstseide Mk. 49.- 39.- 29.-

Aparte JACKENKLEIDER aus kleingemusterten Herrenstoffen, Jacke a. Kunstseide Mk. 69.- 59.- 49.-

JACKENKLEIDER elegante Formen, aus marin. od. schwarz. Karmingam Mk. 79.- 69.- 59.-

HOCHSOMMERKLEIDER aus gestreiftem Toile de soie in modernen Farben Mk. 39.- 29.- 24.50

BLUSEN aus Toile de soie in hellen Farben Mk. 17.75 12.75

ELEGANTE KLEIDER aus bedrucktem Cröpe de chine sehr aparte Form, mit langen Ärmeln Mk. 54.- 44.-

JACKENKLEIDER elegante Formen, aus marin. od. schwarz. Karmingam Mk. 79.- 69.- 59.-

HOCHSOMMERKLEIDER aus gestreiftem Toile de soie in modernen Farben Mk. 39.- 29.- 24.50

STRICKKLEIDER aus Woll- od. Wollseide mit Kunstseide, sehr kleidsame Formen Mk. 24.75 16.75

STRICKWESTEN aus reiner Wollseide, feine Dastellfarben Mk. 10.75

BADEMÄNTEL STRANDJACKEN farbenprächtige Muster Mk. 12.75 9.75

BADEANZÜGE gute Qualitäten, in vielen Farben Mk. 6.90 4.90

Auf Wunsch auch in kleineren Zahlungsbedingungen



Sinnloser Zollaufbau!

Statt Verständigung zwischen Erzeugern und Verbrauchern.

Die Agrarkämpfe im Reichstag gehen einem unruhigen Ablauf entgegen. Vor einigen Wochen schien es so, als ob die Zeit für eine Verständigung zwischen Verbrauchern und Erzeugern über landwirtschaftliche Preisfragen gekommen sei. Zum erstenmal wurde auf Veranlassung des Reichsernährungsministers ein Untersuchungsausschuß über Getreidefragen eingesetzt, in dem vorwiegend Vertreter der Verbraucher und Erzeuger saßen. Nach fieberhafter Arbeit kam die große Mehrheit des Ausschusses zu der Überzeugung, daß eine wirkliche Preisstabilisierung, wie sie im Interesse von Erzeugern und Verbrauchern notwendig ist,

nur durch ein Getreidemonopol

zu erreichen ist. Trotz dieser prinzipiellen Einigung konnte der Ausschuß jedoch der Reichsregierung — die gegenwärtigen politischen Verhältnisse standen entgegen — keine befriedigenden Vorschläge machen. Es ließ sich über die Preisfestsetzung und die Zusammenfassung des Reichsgetreidebaus keine Einigung erzielen und vor allem hatten die liberalen Koalitionsparteien starke politische Bedenken gegenüber dem Getreidemonopol. Das Monopol ist damit zum mindesten vorläufig unmöglich gemacht. Durch die Arbeit in dem Getreideausschuß ist jedoch mit eindeutiger Klarheit bewiesen, daß eine landwirtschaftsfeindliche Einstellung der Sozialdemokratie nicht existiert. Der im Reichstag wieder mit großem Geschrei erhobene Vorwurf der Agrarfeindschaft fällt damit ein für allemal restlos in sich zusammen.

Nach dem Scheitern des Monopols

wollten die agrarischen Parteien die unsinnigsten Zollforderungen durchsetzen: sofortige Erhöhung der Brotzölle auf den Schwedenfuß von 6,50 M. für Weizen und 6 M. für Roggen, baldigste Kündigung des Schwedenvertrages und Erhöhung der dann in Kraft tretenden autonomen Zölle auf 10 M. Auch die Futtermittelzölle sollten auf ein Vielfaches erhöht werden. Zwar wurde im handelspolitischen Ausschuß die autonome Zollerrhöhung auf 10 M. abgelehnt. Mit einer baldigen Inkraftsetzung der Schwedenzölle für Brotgetreide ist dagegen selber zu rechnen. Auch die Kündigung des Schwedenvertrages ist jetzt erfolgt.

Die Sozialdemokratie lehnt die Verantwortung für höhere Getreidezölle ab.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die alte starre Zollpolitik der Landwirtschaft zu Zeiten niedriger Preise, wie wir sie jetzt beispielsweise haben, keinen genügenden Schutz bietet, daß sie andererseits nach knappen Ernten und bei ohnehin hohen Preisen zu einer brutalen Belastung der Verbraucherschaft werden muß. Das würde sich auch jetzt wieder zeigen. Wenn die Ernteausichten in Deutschland und in der Welt weiter günstig bleiben, ist es sogar nicht ausgeschlossen, daß trotz Zollerrhöhung die kommende Ernte zu ungewöhnlich niedrigen Preisen verwertet werden muß. Bestimmen wir dagegen in einem der nächsten Jahre ungünstigere Verhältnisse, so würde wiederum eine übermäßige Belastung der Verbraucherschaft ohne Nutzen für die Landwirtschaft bleiben. Zwar ist zu hoffen, daß die Mittelparteien so vernünftig sein werden und der Erhöhung der Getreidezölle nur ihre Zustimmung geben, wenn sie auf die Seiten normal niedriger Preise befristet wird. Die Sozialdemokratie wird aber auf jeden Fall gegen diesen Rückfall in die sinnlos starre Zollpolitik vorgegangen Zeiten auf das schärfste Einspruch erheben und jede Getreidezollerhöhung ablehnen.

Ebenso wie ein höherer Brotzoll muß die Heraufhebung des Zuckerpreises abgelehnt werden.

Es ist zuzugeden, daß die Verwertung der letztjährigen Zuckerernte der Landwirtschaft nicht ausreichende Erlöse gebracht hat, wie sie das veränderte Zuckerzollgesetz vom Jahre 1928, dem auch die Sozialdemokratie nach Einschaltung eines Verbraucherschützes zugestimmt hat, erwarten ließ. Der Höchstpreis von 21 M. entspricht einem möglichen Durchschnittsverkaufspreis im Inland von 20,25 M., in Wirklichkeit sind die Zuckerpreise jedoch dauernd unter 20 M. geblieben. Weiter wurde der Erlös der Zuckerwirtschaft dadurch vermindert, daß infolge der tschechischen Zuckereinfuhr und der ungewöhnlich guten Zuckerausbeute 1928 große Mengen Zucker mit Verlust exportiert werden mußten.

Auf den deutschen Zuckertonnen umgelegt, entstand hier der Zuckerverlust ein Verlust von etwa 1 M. je Zentner, so daß insgesamt der Zuckererlös um etwa 1,50 M. unter dem bei Wegfall der Ausfuhr eventuell möglichen Verwertungspreis lag. Bei der zu erwartenden langsamen Verbrauchssteigerung, dem völligen Wegfall ausländischer Zuckereinfuhr wird es im nächsten Jahre aber kaum notwendig sein, Zucker zu exportieren. Auch bei Fortbestehen des bisherigen Höchstpreises würden sich die Zuckererlöse sicherlich um mindestens 1,50 M. verbessern.

Die Einführung von monatlich um 15 Pf. steigenden Zuschlägen zu dem Zuckerhöchstpreis, wie sie gestern gegen die Sozialdemokratie angenommen wurde, bedeutet nun aber einen durchschnittlichen Höchstpreis von etwa 21,75 M., d. h. also praktisch eine Erhöhung des bisherigen Höchstpreises um 1,50 M. je Zentner. Für die Verbraucherschaft entsteht hieraus eine Mehrbelastung von rund 50 Millionen Mark, während für die Zuckerwirtschaft entsprechende Mehrnahmen auf die Dauer nicht zu erwarten sind; denn der überhöhte Zuckerpreis erzeugt die Gefahr einer übermäßig starken Ausdehnung des Zuckerrübenbaues und damit erhöhter Exportverluste, und außerdem wird die so notwendige Rationalisierungsbewegung in der Zuckerindustrie hintanhalten.

Auch die Erhöhung des Kartoffelzollens kann wirtschaftlich nicht begründet werden.

Sondern ist lediglich ein Agitationsmittel der agrarischen Parteien. In reichen Kartoffeljahre liegen die Kartoffelpreise infolge des starken inländischen Angebots mit oder ohne Zoll so niedrig, daß eine wesentliche Einfuhr aus dem Ausland kaum möglich ist. Es ist eine unnötige Vorstellung, den durch inländisches Angebot verursachten Preisdruck durch Zölle mildern zu können. Umgekehrt kann in armen Erntejahren die von 1,50 M. auf 2 M. gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommene Kartoffelzollerhöhung zu einer unsinnigen Verteuerung des Kartoffelverbrauchs nicht nur für die städtische Verbraucherschaft, sondern auch für das kartoffelverarbeitende Gewerbe werden. In solchen Jahren können aus der Kartoffelzollerhöhung Verbraucherbefreiungen von 30 bis 40 Millionen Mark entstehen.

Auch die Annahme, durch Erhöhung des Butterzolls der bäuerlichen Landwirtschaft eine wesentliche Verbesserung der Rentabilität bringen zu können, ist irrig. Zwar soll die angenommene Zollerrhöhung den Charakter eines Erziehungszolls, der nach

einigen Jahren wieder wegfällt, haben. Es ist jedoch bekannt, wie gering die erzieherische Wirkung von Zöllen gerade in der Landwirtschaft ist. Viel wichtiger wäre es daher, entscheidende Rationalisierungsmassnahmen der Milchwirtschaft durchzuführen, für die die Sozialdemokratie bereit ist, erhebliche Mittel zu bewilligen. Während der jetzt angenommene Butterzoll in der Hauptsache nur für den Teil der landwirtschaftlichen Betriebe, die ihre Milch zu Butter verarbeiten, eine Preiserhöhung von 0,75 Pf. pro Liter bringen kann, läßt sich durch Rationalisierung die Milchproduktion ganz allgemein um mehrere Pfennige pro Liter verbilligen. Für die Verbraucherschaft bringt jedoch auch der Butterzoll, obwohl er sich kaum erzieherisch auswirken wird, eine Belastung von jährlich einigen Dutzend Millionen.

Schlimmstes gelang es zu verhindern.

So bleibt die bisherige Einfuhr von Gefrierfleisch, die die agrarischen Parteien völlig unterbinden wollten, weiter bestehen. Auch die Einfuhr von Leber zur Herstellung billiger Wassenlebertourts bleibt bestehen.

Weltkartell für Stickstoff.

Friede zwischen Natur- und Kunstsalpeter. — Deutschland, England und Chile verbünden sich.

Der Ankündigung auf der Generalversammlung des I. G. Farbentrusts, es werde zwischen dem Chilesalpeter und dem synthetischen Stickstoff eine Verständigung gesucht, ist rasch die Verständigung gefolgt. Verhandlungen zwischen I. G. Farben für Deutschland, dem englischen Chemietrust (Imperial Chemical Industries Ltd.) für England einerseits und dem chilenischen Finanzminister andererseits sehen ein enges Zusammenarbeiten dieser drei wichtigsten Stickstoffherzeuger der Welt vor, allerdings unter Ausschluß der Produktion und des Marktes der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Die Zusammenarbeit erfolgt zunächst nicht eine Beschränkung oder Kontingenzierung der Produktion bzw. des Absatzes, auch sind noch keine Abkommen über den Marktschutz nationaler Gebiete der einzelnen Industrien getroffen worden. Dagegen soll die Propaganda für die Steigerung des Stickstoffverbrauches gemeinsam vorgenommen werden und weiter sollen die großen Produzentengruppen mit dem Preise gegenfällig nicht unterbieten, worin für den Augenblick wohl die wichtigste Vereinbarung zu erblicken ist.

Die Gründe für diese Weltverständigung der wichtigsten Stickstoffherzeuger und für die Ausschaltung der Konkurrenz zwischen Natur- und Kunststickstoff dürften doppelter Natur sein. Einmal hat sich gezeigt, — wir haben schon mehrfach auf diese Gefahr hingewiesen —, daß die Weltzeugung von natürlichen und künstlichem Stickstoff heute schon die Nachfrage erheblich übersteigt. Sodann hat sich erwiesen, nachdem Chile teilweise unter Inanspruchnahme von Staatshilfe durch Zusammenfassung und Rationalisierung seine Produktionskosten erheblich gesenkt und die Konkurrenz des Chilesalpeters selbst in Europa zugleich erheblich verstärkt hat, daß im Augenblick kaum eine Aussicht besteht, daß der künstliche Stickstoff die chilenische Konkurrenz los werden wird. Selbst in Deutschland hat sich von 1926 bis 1928 der Verbrauch von Chilesalpeter, obwohl Deutschland das Heimatland der künstlichen Stickstoffherzeugung ist, vermindert.

Es ist auch zu berücksichtigen, daß sowohl für Natur- als auch für Kunststickstoff bereits sehr große unermertete Vorräte lagern, die zu einem scharfen, preisdrückenden Konkurrenzkampf sehr bald führen müssen. Dem Vorhandensein dieser Vorräte wird man es auch zuschreiben haben, daß die drei Kontrahenten der Weltvereinbarung für künstlichen und für Naturstickstoff gemeinsam eine Preislenkung um 5/8 Pf. je Kg. vorgenommen haben, von der man sich eine sofortige Steigerung des Absatzes versprechen dürfte. Für das deutsche Stickstoffdefizit, das übrigens den Vereinbarungen beigetreten ist, wird für das am 1. Juli beginnende Düngejahr eine Herabsetzung der Düngerpriese im Ausmaß von 5—8 Prozent bekanntgegeben.

Es ist selbstverständlich, daß die Weltverständigung der großen Stickstoffproduzenten von sehr großer Bedeutung ist und einen neuen wichtigen Schritt in der Kartellierung und Monopolisierung im Weltmaßstab darstellt.

Auslandskapital strömt zu.

Weg mit der Beratungskstelle.

Die glücklich abgeschlossenen Pariser Verhandlungen haben den ausländischen Kapitalmarkt für Deutschland wieder geöffnet. Das wird alle Tage deutlicher. Jetzt ist der gestern mitgeteilte Kautschuk von 60 Millionen Mark ein sechsjähriger Auslandskredit von 3 Millionen Dollar für die Ruhr-Chemie A.-G. gefolgt, in der bekanntlich unter Führung der Vereinigten Stahlwerke 26 Montanunternehmen zur Stickstoffgewinnung auf Koksöfengasen vereinigt sind. Ueber eine Reihe weiterer Anleihen, privater und öffentlicher, wird verhandelt. Auch den letzten Reichskredit von 210 Millionen Mark darf man ja zu den Auslandskrediten zählen.

Zweifellos ist die Wiedereröffnung der ausländischen Kapitalmärkte für die Belebung der deutschen Wirtschaft von größter Bedeutung. Es wird deshalb auch Zeit, daß sich die politischen Instanzen des Reiches und der Länder darüber verständigen, daß die Beratungskstelle beim Reichsfinanzministerium, die überflüssigerweise noch immer besteht, so schnell als möglich beseitigt wird.

Arbeitsmarkt in der dritten Juniwoche.

Der Arbeitsmarkt war in der Berichtswoche gekennzeichnet durch eine überaus lebhaftige Bewegung; im ganzen zeigte sich noch ein weiterer schwacher Aufstieg durch. In Brandenburg, Bayern, Süddeutschland und Pommern war die Beschäftigung etwas stärker als in der Vorwoche, sie wurde hauptsächlich von einer erneuten Aufnahmefähigkeit der Außenberufe getragen. In Westfalen, das bereits einen günstigeren Stand als zur gleichen Zeit des Vorjahres erreicht hat, ging die Arbeitslosigkeit gleichmäßig weiter zurück. Die Schätzung der Vorwoche, daß die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmöglichen Arbeitlosenunterstützung am 15. Juni nahe an 750 000 lag, hat sich bestätigt, inzwischen dürfte sie um weitere 10 000 gesunken sein.

Für die bäuerliche Landwirtschaft schließlich hat die Sozialdemokratie es durchgesetzt, daß der deufationale Anschlag auf die Futtermittelbezölle, der zu einer schweren Belastung der landwirtschaftlichen Veredelungserzeugung geführt hätte, abgelehnt wurde. Beim Getreide hat die Sozialdemokratie eine Erhöhung des autonomen Zolles verhindert. Die Forderung, den Butterzoll auf 80 Mark zu erhöhen, wurde durch den Widerstand der Sozialdemokratie auf eine Zollerrhöhung von 50 Mark, die nach einigen Jahren abgebaut werden soll, reduziert. Die Debatte über die Neugestaltung der Viehzölle wurde bis in den Herbst verschoben.

Wenn es auch der Sozialdemokratie gelingen ist, die Zollforderungen der agrarischen Parteien stark abzuschwächen, so bleibt doch bestehen, daß bereits die bisher gegen die Sozialdemokratie bewilligten und größtenteils absolut sinnlosen Zollerrhöhungen eine neue Belastung der Verbraucherschaft bringen. Keinesfalls kann die Arbeitererschaft sich eine solche Kürzung ihres Reallohnes gefallen lassen. Mit verstärkter Energie wird sie daher bestrebt sein, die Kürzung ihres Einkommens, wo sie fühlbar wird, durch Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen wieder gutzumachen.

Die Pariser Episode im Bankgeschäft.

Zu den Monatsbilanzen der Banken für Ende Mai.

Jetzt sind auch die Monatsbilanzen der Banken für Ende Mai veröffentlicht. Wenn man sie mit den Veränderungen zum Ende April gegenüber Ende März zusammenhält, so zeigt sich, daß die Pariser Reparationsverhandlungen im ganzen doch einen sehr starken Einfluß auf das gesamte deutsche Bankgeschäft gehabt haben. Für Ende April mußte zum erstenmal ein mindestens 4prozentiger Rückgang in dem bis dahin in gerader Linie aufwärts zeigenden Geschäft der deutschen Banken festgestellt werden. Es kann kaum ein Zweifel darüber sein, daß neben der Verschärfung der Geldverhältnisse am New Yorker Markt die Wirkungen des Schacht-Memorandums mit den bekannten Kolonialforderungen, da dieses den Ausgang der Verhandlungen sehr zweifelhaft machte, die internationale Finanzwelt beunruhigt und so zu einer internationalen Kreditrestriktion auch für die deutschen Banken geführt haben. Im Monat Mai wirkten sich die Verhältnisse auch auf die Währung und die Reichsbank aus, und die Reichsbank selbst mußte mit einer innerdeutschen Restriktion folgen. Die Auswirkungen dieser Dinge zeigen sich deutlich in den Monatsbilanzen für Ende April und für Ende Mai, aus denen wir folgende charakteristische Zahlen für die Berliner Großbanken wiedergeben wollen.

	Ende März	April	Mai
	(in Mill. Mark — in Klammern Summ. v. Kreditbanken)		
Gesamt-Kreditoren . . .	10,40 (13,59)	10,04 (13,22)	9,66 (12,90)
Akzepte	0,44 (0,63)	0,46 (0,65)	0,49 (0,68)
Wechsel	2,64 (3,31)	2,36 (2,99)	2,13 (2,78)
Vorschüsse auf Waren . . .	1,53 (1,88)	1,49 (1,85)	1,50 (1,89)
Debitoren	5,01 (7,00)	5,01 (7,02)	4,90 (6,89)
Börsekredite	0,66	0,64	0,64

Zuch im Monat Mai ist danach insgesamt noch ein Rückgang des Bankgeschäftes festzustellen. Die gesamten Kreditoren bei den Berliner Großbanken gingen von 10,04 auf 9,66 Milliarden zurück (bei sämtlichen Privatbanken von 13,22 auf 12,90 Milliarden). Die Geldbeschaffung durch Bankakzepte ist im Mai ebenfalls wie schon im April leicht gestiegen, und zwar zu Ende Mai von 0,46 auf 0,49 Milliarden (bei sämtlichen Banken von 0,65 auf 0,68 Milliarden). Bei der Verwendung der Gelder zeigt sich ein entsprechender Rückgang: bei den Wechselbeständen von 2,36 auf 2,13 Milliarden (entsprechend bei sämtlichen Banken von 2,99 auf 2,78 Milliarden). Die Vorschüsse auf Waren sind mit 1,50 (1,89) gegen 1,49 (1,88) Milliarden nur leicht gestiegen. Die Summe der gewährten Kredite, die von März bis April unverändert geblieben war, hat sich zu Ende Mai von 5,01 (7,02) auf 4,90 (6,89) Milliarden verringert. Die für Börsenzwecke gewährten Kredite sind unverändert geblieben.

Die Einwirkung der geschilderten Umstände ist in diesen Ziffern unverkennbar. Glücklicherweise aber ist die Pariser Periode mit einem Erfolg abgeschlossen worden, die ungünstige Einwirkungen auf die internationalen und deutschen Geldmarktoverhältnisse sind beseitigt, und schon bis Ende Juni wird man wahrscheinlich in den Geschäften der deutschen Banken wohl wieder einen Aufschwung feststellen können.

Deutsche Bank stellt Belebung der Konjunktur fest. Im Gegenatz zu den pessimistischen Prognosen des Instituts für Konjunkturforschung spricht die Deutsche Bank in ihrem Monatsbericht von deutlichen Anzeichen einer konjunkturellen Belebung in der deutschen Wirtschaft. Die Rohstofflieferungen zeige vom 5. Mai bis 8. Juni ein durchschnittliches Mehr von 12 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Die arbeitsmäßige Leistung in der Rohstoffherzeugung sei gestiegen, die Wagensstellung bei der Reichsbahn war von April bis Mai um 10 Prozent höher als im Vorjahre. Die Deutsche Bank sagt sogar, daß schon erheblich früher solche deutlichen Anzeichen vorhanden gewesen seien, die aber während der Reparationsverhandlungen und infolge der Währungsverteidigung durch die Reichsbank erstickt worden seien.

Der Jugabeunfall im Reichswirtschaftsrat. Der Reichsjustizminister und der Reichswirtschaftsminister haben den Reichswirtschaftsrat um die Erhaltung eines Gutachten über die wirtschaftliche Wirkung des Jugabeweiens gebeten. Insbesondere soll die Wirkung auf die Herstellung, den Handel und die Verbraucher jener Verkaufswaren untersucht werden, bei denen Jugaben in Frage kommen. Der Reichswirtschaftsrat soll sich auch darüber äußern, welche gesetzlichen Maßnahmen er zur Regelung des Jugabeweiens für richtig hält.

Aus der Partei.

J. M. Wibaut, ein Vorkämpfer der holländischen Arbeiterbewegung, hat am 23. Juni sein siebzigstes Jahr vollendet. Er hat alle offiziellen Feste abgelehnt. Er hat, wie er zu Freunden sagte, das Gefühl, jetzt erst recht mit dem, was er am liebsten arbeite, anzufangen, mit der Arbeit am ökonomischen Gebiet. Er gibt einzeln zu, daß er jetzt schon zur „reiferen Jugend“ gehöre. Und er hat recht, denn niemand kann bei seiner ganz erstaunlichen Frische und Arbeitskraft ihm seine siebzig Jahre glauben. Von 1914 bis zum Bürgerkrieg des vorigen Jahres leitete Wibaut einen der wichtigsten Teile der Stadterhaltung Amsterdam. Seit Jahrzehnten gehört er dem Parlament an.

Die Erkläre der Sozialistischen Arbeiter-Internationalen wird am 28. und 29. Juli im Volkshaus Zürich ihre Halbjahrsitzung abhalten. Voran geht am 27. Juli eine Sitzung des Bureaus.

Anderfen-Nexö: Wenn die Not am größten

(Schluß.)

Sie mußten also unverrichteter Dinge heimkehren; und späterhin am Vormittag, als die Sonne den Nebel zerstreut hatte, war von dem Engländer nichts mehr zu sehen, als eine Rauchsäule in der Ferne. Aber das Meer stieß in den prächtigsten Farben und auf der buntschweifigen Decksfläche schaukelten zahlreiche Fahnduben leise auf und nieder.

Da sank auch die Stimmung in dem kleinen Dorje bis weit unter den Nullpunkt, und über die schmalen Gesichter legte sich etwas von dem Schrecken derjenigen, die da fühlten, daß sie gegen das unerbittliche Schicksal selbst ankämpfen. Hier blieb nichts anderes übrig, als den Hosentriemen immer enger und enger zu schnallen, je mehr der Regen abnahm, und ruhig den Tag abzuwarten, bis der Hunger sich an die Gebärme selbst machte. Was war sonst zu tun? Die Vorsehung selbst war ja zu kurz gekommen, als sogar der Nebel fehlgeschlug!

Und viele Tage hindurch beugte man sich vor dem Unabänderlichen und ließ den Kopf hängen.

Allmählich aber erwachte die zähe Natur in einem und dem anderen, und man begann nachzudenken, ob es nicht das Beste sei, das Ding selbst in die Hand zu nehmen. Und in einer schönen Nacht, als der Mond im letzten Viertel war, brachte man eine rote und eine grüne Laterne in Abstand einer Schiffsbreite voneinander an den äußersten Felsen der Landzunge an. Es stonden Wachen draußen, die die Laternen auszulöschen hatten, sobald diese ihre Wirkung getan hatten, und das Experiment wurde Nacht für Nacht wiederholt.

Eines Nachts sahen im „Balkasten“ einige Fischer bekümmert und hielten „Wachstube“. Es war spät geworden, aber sie mochten nicht heimgehen und die hungrigen Mienen der Frauen und Kinder mit ansehen, überdies hatten sie Fieber im Blut und konnten nicht schlafen. Es zog sich hinaus mit dem Experiment da draußen in den Felsen, und mit jeder Nacht, die resultatlos verlief, wurden sie nervöser.

Vor dem Tischende sah Tran-Jakob, ein riesengroßer Fischer mit grauem, struppigem Haar und rollenden Augen. Er trug diesen Namen, weil er aus der Leber des Dorfsches Tran kochte und mit diesem sein Haus einschmerte; im Sommer, wenn die Sonne schien, schmolz der Tran und verbreitete einen unleidlichen Gestank. Er ging Sommer und Winter ohne Weste und Wams und mit offener Brust. Neben ihm saß ein kleiner Fischer, wegen seiner großen Höflichkeit „Doppelschön“ genannt, und an dem langen Tisch verstreut saßen noch verschiedene andere. Sie schliefen mehr oder minder alle; hier und da erwachte einer, leerte seinen Bittern oder seinen Seifengrog und sank wieder zusammen. Der Wirt schlich mit frommer Miene ein und aus, sorgte, daß etwas in den Gläsern sei, und notierte.

Ein Fischer hob den Kopf. „Wird schon gehen“, sagte er, vielleicht als Fortsetzung eines Traumes. Der Wirt zog tief bedauernd die Schultern hinaus, als wolle er sagen, daß er seine Hände in Unschuld wäsche, worauf der andere sein Glas leerte und den Kopf wieder auf die Arme fallen ließ.

Beim ersten Tagesdämmer wurde die Tür aufgerissen, und Marthas Junge stürzte mit dem Rufe „Ein Brod! ein Brod!“ ins Zimmer.

Da kam Leben in jeden einzelnen Fischer. „Wo steigt es?“ — „Ist es groß?“ — „Kann es in den Hafen hinein?“ scholl es von verschiedenen Seiten.

„An der Landspitze! Es ist eine Brigg! Mutter meint, Jakob bräute es wohl in den Hafen!“ erwiderte der Junge atemlos.

Man zweifelte ein wenig daran, daß selbst Jakob instande wäre, eine Brigg in den ziemlich seichten Hafen zu bugstieren, indessen hatte man doch großen Respekt vor Marthas Worten; sie hatte bei verschiedenen Anlässen mehr Scharfsinn bewiesen als selbst die alten erfahrenen Fischer.

Die Frage war von großer Wichtigkeit. Konnte die Schute in den Hafen gebracht werden, so hieß es, sie um jeden Preis flott machen, um das Mögliche aus ihr herauszuschlagen; im entgegengekehrten Falle mußte man lieber ein Augenmerk darauf richten, daß sie recht solid feststände, damit nicht etwa ein Dampfer sie aufpockte und zu einem größeren Hafen hinbugsterte, der dann den Löwenanteil an dem Gewinn für sich in Anspruch nehmen würde.

Man sah daher Jakob fragend an und dieser erwiderte:

„Entweder wir kriegen sie in den Hafen oder die See soll sie steinhaken und die Jungens die Scherben ausklauben.“

„Ja, aber die Verantwortung, die Verantwortung?“ wandte der Wirt ein.

Er hielt zweimal wöchentlich Bibestunde ab und gehörte zu den „Erweckten“; übrigens war er selbst stark an dem glücklichen Ausgang der Sache beteiligt und hatte ihnen auch eine Laterne geliehen.

Jakob verdroß diese unzeitige Einwendung. „I was!“ schrie er und schlug mit der Faust auf den Tisch, „man schaut nicht rechts und links und rückt durch, so gut es geht!“ Das war sein Ausdruck für die goldene Mittelstraße der Moral.

Dann ging es in geschlossenem Trupp mit Jakob an der Spitze zum Hafen.

Draußen auf den unterseelischen Klippen der Landspitze stand eine Brigg, den Vordersteven bedeutend höher als den Hintersteven. Die Hochstange war geknickt, als das Schiff auf den Grund stieß, und hing über das Takelwerk; sonst schien die Schute nicht besonders viel Schaden gelitten zu haben. Aber man war sich bald klar darüber, daß sie genommen werden mußte, solange Hochwasser war. Sonst erst das Wasser, so würde es nicht möglich sein, sie ohne Hilfe eines Dampfers flott zu machen — geschweige sie denn in den Hafen zu bringen.

Während dieser Erwägungen ruderten Jakob und ein paar andere Fischer hinaus und krabbelten an Bord. Der Kapitän stand an den großen Mast geknickt und weinte, der Steuermann und ein paar Matrosen waren eben dabei, das Takelwerk von dem geknickten Maststopp zu befreien, und der ganz junge Küchenjunge saß in der Tür seiner Kamble und stopfte mit sorgloser Miene Strümpfe.

Es war eine Stettiner Schute, die mit einer Ladung Weizen heim sollte, und Jakob, der des Deutschen mächtig war, mußte die Verhandlungen leiten. Er schwur darauf, daß nirgends ein Rettungsdampfer zur Stelle zu schaffen sei (es lag drüben auf der anderen Seite der kleinen Insel) und schlug die Hilfe der Fischer vor.

Der Kapitän sah ein, daß die zehntausend Kronen, die die Fischer für Heben und Befördern der Schute in den Hafen verlangten, im Verhältnis zu dem, was ein Rettungsdampfer kosten würde, eine

sehr geringe Summe sei, und ging auf den Vorschlag ein. Auf seine besorgte Erkundigung, wie tief der Hafen sei, fragte Jakob höhnisch, wie tief wohl sein „Bollschiff“ stehe, und ob er denn glaube, daß er in einen Rinnstein hinein falle.

Der Kapitän war beruhigt, und seine gute Laune kehrte wieder. Es zeigte sich beim Pumpen, daß die Schute nur ein unbedeutendes Leck erhalten hatte. Einen Teil der untersten Schiffsladung mußte man ja wohl loslagern, so gut oder schlecht es eben ging; das übrige dagegen hatte dagegen fast gar nicht vom Wasser gelitten. Sobald die Leckage untersucht war, konnte man die unbeschädigte Ware wieder laden und heimbringen. Die Kosten des Umladens waren wie sie sagten, hier nicht so groß.

Als eine Stunde später die vier Boote, jedes mit drei Leuten bemannt, anlangten, lud der Kapitän die ganze Schar an Bord und traktierte sie mit Wein und Zigarren.

Bierundzwanzig Stunden wurde hart und ohne Abkündigung gearbeitet, und am nächsten Vormittag war das Schiff so weit gelockert, daß man es durch Auswerfen einiger Anker ohne große Schwierigkeiten aus dem Grunde hob.

Der Wind half mit; Jakob selbst stand am Steuer, und hinein ging es in den kleinen Hafen. „Wir haben zu viele Segel, Mann! Wir fahren ja mitten in das Dorf hinein!“ schrie der Kapitän, den die rasche Fahrt deumtrübte.

„Rein, never mind!“ erwiderte Jakob ruhig und hielt mitten im Einlauf inne.

„Hol's der Teufel, mir scheint, es scharrt auf dem Grunde!“ schrie der Kapitän wieder.

Aber Jakob hatte schon das Steuer aufgelegt. Der veränderte Druck auf die Segel legte das Schiff auf die Seite und machte es

minder tiefgehend, und mit einer flotten kleinen Seitendbewegung legte es sich dicht an die Schiffslände.

Ihr steuert flott“, sagte der Kapitän bewundernd. „Aber was zum Kukuk ist das?“ und er zeigte auf das Kielwasser, wo Schlamm und Tang sich auf die Oberfläche emporklängten wie kochender Brei.

„Riederer Wasserstand“, versetzte Jakob, ohne zu zwinlern.

Der Kapitän lugte zu den Masten hinüber; es war kein Werkzeichen eines früheren höheren Wasserstandes zu sehen, es mußte also eine Lüge sein. Aber er war eine friedliche Natur, und nun lagen sie einmal da.

Es zog sich mit den Reparaturen hin, die Schiffszimmerleute im Dorf waren nicht die tüchtigsten, und man war auch gar nicht verfehlen darauf, die Schute loszuwerden — es fiel ja doch ein wenig Verdienst an die Geschäftsleute und Wirte ab.

Und als sie endlich so weit waren, die Ladung wieder hereinzunehmen und der Kapitän Tiefmessungen im Hafen anstellen ließ, da zeigte es sich, daß man unmöglich mit der Ladung an Bord auslaufen könne. Draußen in der Tiefe die Ladung abermals mit Hilfe der Boote einzunehmen, konnte sich aber nicht rentieren; es war schon zuviel von dem Wert der Ladung aufgezehrt worden, und dies würde ihn vollends fressen.

So mußte sich dem der Kapitän, so ungern er es tat, entschließen, über das Ganze Auktion zu halten und zu nehmen, was zu bekommen war. Daß es nicht viel wurde, mußte er von der Auktion über den haarrieten Teil der Ladung her; Käufer waren damals zwar genug zur Stelle, aber es schien ein Uebereinkommen zwischen ihnen zu herrschen, keiner wollte das Angebot steigern.

Und genau so ging es auch jetzt.

Beim nächsten Hochwasser holten die Fischer dem Kapitän edelmütig aus dem Hafen heraus, und er stellte den Kurs heimwärts, gerupft und ausgezogen.

In Raas aber tafelte man.
(Aus Andersen-Nexö, Bornholmer Nooßen (geb. 175 R.), mit Erlaubnis des Verlages J. D. W. Dieß Nachf.)

R. Francé: Dämonische Fliegen

Die Behauptung, daß die Menschen sich nach ihrem Tode in Fliegen verwandeln, klingt wie ein schlechter Scherz. In Wirklichkeit aber ist nur eine kleine Uebertreibung dabei insofern, als nicht der ganze tote gestülgt ins Leben zurückkehrt, sondern nur die Körper der Begrabenen von Fliegen ausgezehrt, den Kreislauf zurück ins sonnige, lebensfrohen Dasein zurückzuführen, auf einem Umweg, der grauig, unheimlich, zunächst abscheulich erscheint, aber dann doch wieder, wenn man die ganzen Zusammenhänge kennt, großartig, seltsam ergreifend, in den letzten Gedanken fast mystisch erhaben. Angenehm, abstoßend, heilig und grauenvoll, aber das sind Menschenbegriffe, aus der kleinen Welt unserer Gefühlsleben als Verbindungsstadien gesellschaftlicher Zusammenhänge geschaffen; sie haben keinen Stam dem Weltgesetz gegenüber, das in heiligem Ernst, mit der Macht des Wirklichen besteht und vor dem es nur die Anpassung, die Unterwerfung und Anerkennung gibt: es ist so und wir, hineingerissen in geheimnisvoll über uns waltende Kreise müssen es hinnehmen. Wir können diese Zusammenhänge nicht ändern, uns den Wirklichkeiten des Naturgeschehens nicht entziehen, das Einzige, was wir dürfen und sollen, ist: die Tatsachen und Gesetze verstehen zu lernen. Dann mag es uns vielleicht gelingen, den Menschenkopf an den harten unbegreiflichen Bau der Welt anzupassen. Wenn uns etwas Natürliches schrecklich vorkommt, um so schlimmer für uns. Die Naturgesetze lassen sich durch uns nicht ändern.

Mit dieser Einsicht ausgerüstet sehen wir dem schrecklichsten Ereignis ins Auge, das es für den Menschen gibt: dem Tode. Es hilft nichts, sich vorzustellen, ein geliebter Mensch werde auch in seiner letzten Ruhe die sympathischen Züge behalten, die gewohnte Gestalt das ganze äußere Wesen, das uns als Spiegel seines Inneren nur zu vertraut und liebwert war — Wirklichkeit ist anders. Unerträglich ist das und auf zwei Wegen suchte der Menschengeist über dieses Unerträgliche hinwegzukommen. Einmal nein, aber mit einer rührend verzweiferten Geste der Liebe und Angst, die Geliebten nicht ganz zu verlieren, durch Einbalsamieren der Leichname, im ägyptischen Kulturkreis zu einer Kunst gesteigert, die schaudern macht, wenn man ihre Einzelheiten kennt und — deren Ergebnisse nicht weniger traurig stimmen, wenn dann eine der so liebevoll und kostbar gehegten Mumien ans Tageslicht tritt und nichts ist, als ein geschwärtzter Klumpen zusammengedrückten Fleisches, gräßlicher anzusehen als ein Skelett und himmelweit entfernt von allen Vorstellungen der Dauer von Schönheit und Bedeutung. Da ist schier noch die unsahbar barbarische Sitte der Papuadörfer, im fernen Schwarzinselland erfolgreicher, die die geliebten Toten wochenlang im Rauch besonderer Hütten dörrt und die Köpfe mit Lehm bunt bemalt, mit eingefügten Muschelschalen in drohende Gespenster verwandelt, mit einem künstlich aus Baumrinden und Palmbast geformten Leib vor die Behauptung stellt, als dämonischer Ahne, der Tradition hütend und mahnend, jeden Schritt des ihm nachfolgenden Lebens überwacht. Unheimlich und schreckhaft ist das, aber, man kann es nicht leugnen, nicht ohne tiefen Sinn.

Aber uns doch unerträglich gleich allen Einbalsomierungen, mögen sie auch wie die künstlich lebensähnlich erhaltene Mumie Lenins am Moskauer Kremi noch so wachsfingergenaug erscheinen. Um so schrecklicher, sagt höchstens dazu das ethische Feingefühl, das sich hier mit dem ästhetischen verbindet. Und darum sich lieber zu dem heroischen Entschluß aufzuringen: dann lieber ganz auf das Bild der Toten verzichten und der reinigenden läuternden Flamme alles übergeben, was sterblich ist am Menschen. Wir sind eben ein heroisches Geschlecht; kein Wunder, daß gerade unter uns der Gedanke der Feuerbestattung, ein uralter, vielleicht ältester der Menschheit, wahrhaft magische Verbekraft entfaltet, wie es die Zunahme der Feuerbestattung beweist.

Das Allerunerträglichste scheint uns das Warten des ungestörten Naturgesetzes zu sein: der tägliche und ständige Verfall des toten Leibes, die Auflösung eines Menschen in seine Umwelt. Es ist auch zunächst grauenvoll, diese Verneinung von allem, was ein Herz an Schönerm und heiligem Gedanken nur in sich beugen mag. Dieser Schrecken hat nur eine einzige Entschuldigungs- und Rechtfertigung: es ist der Weg der Natur. Der einzige, der den Menschenleib der Welt zurückgibt, aus der er hervorging.

Mit welchen Augen wird man auf die Fliegen blicken, wenn man erfährt, daß sie es sind, durch die der Weg dieser Umwandlung

geht? Die Fliegen und Geisfliegen, die uns umflummern und umschwirren, goldgrün, grau und staubblau oder schneeweiß, tägliche Genossen des Alltags, sind mit einigen Gefährten die Boten der Natur, welche göttlichem Befehl zufolge die Umwandlung der Toten besorgen müssen.

Es gibt eine Friedhofsauna, die sehr genau studiert ist. In ihr stehen Fliegen in erster Reihe. Der gedankenlosen Redeweise, der Mensch sei der Frau von Würmern, hat schon eine richtige Beobachtung zugrunde gelegen, nur hat man die in den Gräbern umherwimmelnden Fliegenmaden und Insektenlarven mit ganz wenig Naturkenntnis für Würmer gehalten. Ein französischer Zoologe, P. Régagny, hat sich der Aufgabe unterzogen, die Fauna des Friedhofes von Jarny bei Paris, also eine der allgemein üblichen Begräbnisstätten, zu untersuchen und hat uns folgendes Bild entworfen. Zunächst schützt weder ein Holz-, noch ein Metallfarg, noch auch der Sarkophag der „eigenen Gruft“ davor, daß eine Leiche von Insekten verzehrt werde. Die Fliegen sorgen schon während der Stunden der Aufbahrung dafür, daß ihre Eier mit in das Grab gelangen und alle Mühe, sie abzuhalten, scheint vergebens zu sein. Fünf Arten von Fliegen, zwei Käferchen, zwei Arten von Springschwänzen, eine Laufendfühler, das ist zu Myriaden vervielfacht, die Tierwelt der Gräber. Die große blaue Brunnfliege, die jeder-mann kennt, fehlt dabei niemals, eine ganz kleine schwarze buckelige Fliege, welche die Wissenschaft Hora nennt, ist ein typisches Grabtier, ebenso ein winziges, eigentlich in seinem rostroten Panzer allertieft anzusehendes Käferchen, das man sonst eigentlich gar nicht kennt. Seine wahre Heimat scheinen eben die Särge zu sein und der kleine „Wurzellecker“, wie man ihn deutsch nennen könnte, verirrt sich in die Oberwelt nur gelegentlich. Er lebt immer in der Erde und findet eben Mittel und Wege, um von da aus in die Särge einzudringen. Hält ihn ein außerordentlich gut gefügter Metallfarg ab, dann haben eben die Fliegenmaden ein um so ungehörtes Mahl. Zu dieser „Trias des Todes“ gesellen sich aber noch viele andere Tiere in dem Maße, als ein Kadaver unter natürlichen Umständen verwest. Die goldgrün schimmernden Fliegen, der Speckkäfer, die schwarzen Totenkäfer fehlen wohl niemals, die Larven der kleinen Stuhlfliegen sind ebenso emsige Grabarbeiter wie die Leichenfliegen. Die kleinen Pelzesser, die als „Geisfliegen“ des abends fliegen, verzehren alles, was Haar heißt und feinere Haut.

Sie alle zusammengenommen verzehren alle Weichheit, welche die Verwesungsbakterien nur vorbereitet haben; im Sommer ist ein größeres Heer namentlich dieser dämonischen Fliegen tätig als im Winter und Geschlecht um Geschlecht hält da unten im Dunfel der Gräber ihr unheimliches, aber äppiges Mahl, bis in etwa zwei Jahren das Vermögen aufgezehrt ist. Dann liegen nur mehr Knochen unten und auch die werden allmählich braunrot und vermoderen zu einem dunklen Staub. Einzelne, — bekanntlich die Oberschenkelknochen, auch der Schädel halten ja länger Stand, das letzte, was verschwindet, sind die Zähne. Unter günstigen, d. h. der Verwesung feindlichen Umständen kann freilich auch ein Menschengerippe die Jahrtausende überdauern, sonst wäre ja der Mensch der Einzige uns niemals bekanntgeworden.

Unter normalen Umständen aber ist die toten geschilderte Reihenfolge der dunkle Weg, auf dem unser Leib zur Natur zurückkehrt. Die Einäscherung beschleunigt das eigentlich nur — auch auf dem natürlichen Wege ist Asche das letzte, was übrig bleibt. Das Krematorium scharft nur die schrecklichen, dem Gefühl so zumbürenden Vermittler aus dem Insektenreich aus und danach möge jedermann seine eigene Stellung zur Frage der „Leichenbestattung“ wählen. Eigentlich gibt es da keine Wahl und es ist bloß eine Frage der Zivilisation. Die uralte Erdbestattung ist nichts anderes, als ein Ueberbleibsel primitiver und barbarischer Zeiten.

Die größten Weltböden sind New York mit einem Verkehr von 19,7 Millionen Netto-Registertonnen, London (17,2 Millionen), Antwerpen (17 Millionen), Rotterdam (16 Millionen), Hamburg (15,3 Millionen), Shanghai (15,2 Millionen), Liverpool, Buenos Aires (je 12,3 Millionen) und Cherbourg (10,9 Millionen).

Die höchste Höhe des Vogelfluges ist durch die neuesten Untersuchungen auf circa 2000 Meter festgestellt worden. Interessant ist dabei, daß kein Vogel über die Wolken hinaus fliegt. Er bleibt stets unter den Wolken, auch wenn diese nur 800 bis 1000 Meter hoch sind.

